

Der interkulturelle
Kalender für den
Monat September

**Berlin
sagt danke
teşekkür ediyor**

50 Jahre Einwanderung aus der Türkei – Grund zum Feiern!

30.10.1961

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“. Das Datum gilt als die Geburtsstunde der türkischen Community in Berlin. Heute haben 176.000 Berlinerinnen und Berliner Wurzeln in der Türkei.

Mehr unter:

www.berlinsagtdanke.de

Mehr dazu auf [Seite 4](#).

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für **Integration und Migration**. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/ -löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, IntMig 12; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320, Martina Gembus, IntMig B 4, (030) 9017-2327 (Vertr.). Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/top/index.html>. 01.09.2011 [1.643 | Jahrgang 28]

1	Antikriegstag, Ganeshafest
2	
3	
4	
5	
6	
7	
8	
9	
10	
11	
12	Mondfest, Kopt./Äth.-Orth. Neujahr
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	
20	Weltkindertag
21	
22	
23	
24	
25	
26	
27	
28	
29	Rosh Haschana Neujahr 5772
30	Tag des Flüchtlings

Integrationsbeauftragter aktuell

„Berlin sagt danke – teşekkür ediyor“: Internetportal würdigt 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei	4
Veranstaltungen im September: 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei (Auszug)	5
Ausschreibung: Integrationspreis 2011 für Engagement zur Versachlichung der Einwanderungsdebatte. Frist: 15.09.2011	5
Mehr Mitsprache in der Berliner Integrationspolitik! Aufruf zum Eintrag in die "Liste der wahlberechtigten Migrant*innenvereine" zur Wahl des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen	6
Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen: Erinnerung an die Frist zur Eintragung in die Liste der wahlberechtigten Migrant*innenvereine 2011 Frist: 20.09.2011, spätestens jedoch 04.10.2011	6
Wie weit weg ist Norwegen? Erklärung des Berliner Integrationsbeauftragten Günter Piening anlässlich der Anschläge in Norwegen	7
Wohnungen für Flüchtlinge – Senatorin Bluhm und städtische Wohnungsunternehmen unterzeichnen Kooperationsvertrag	7
Senatorin Bluhm besucht Ahmadiyya Gemeinde zum abendlichen Fastenbrechen	8
Senatorin Bluhm zu fünf Jahren Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: „Diskriminierung kann jeden treffen - Bund muss Schutz im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz verbessern“	8

Wahlen in Berlin

Informationen der Landeswahlleiterin zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen am 18.09.2011, u.a. Informationen für UnionsbürgerInnen	9
„Für demokratische Streitkultur und Toleranz“ Aufruf des Berliner Ratschlags für Demokratie anlässlich der Wahlen in Berlin	9
„Du hast die Wahl“. Zweisprachige Wahlfibeln zu den Berliner Wahlen 2011	9
Wahl-O-Mat Berlin! Online-Frage-und-Antwort-Tool zur politischen Präferenz	10
Kampagne zu den Berliner Wahlen: Jede Stimme 2011. Symbolische Wahlen vom 29.08. bis 04.09.2011 für Menschen ohne deutschen Pass in Berlin	10
06.09., Forum, EA Berlin: Wen wählen wir? Berliner Politiker zu Glaube und Religion	11
06.09.: „Warum sollten Muslime Sie wählen?“ Diskussionsveranstaltung der Muslimischen Akademie in Deutschland	11

Aus dem Landespressedienst

Bertelsmann Stiftung bestätigt hohen Kita-Standard in Berlin	12
Berliner Medienpreis „MediaMax“ ausgeschrieben	12
Auslandsstipendien 2012/2013 für Bildende Künstlerinnen und Künstler in Berlin Bewerbungsschluss: 15.09.2011	13
Senatorin Bluhm zu 10 Jahren Lebenspartnerschaftsgesetz	13
Schuleigenes Sprachbildungskonzept wird verbindlich	14
Designierter Erzbischof Woelki legt Treueid ab	14
Senator Zöllner stellt neue Schulbriefe vor	15
Veranstaltungsreihe im Roten Rathaus: „Partnerzy. 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warszawa“	16
Lange Nacht der Museen auch im Berliner Rathaus	16
Wowereit: Glückwünsche zum muslimischen Zuckerfest	17
Einschulungsuntersuchungen: Positive Sprachentwicklung bei Kita-Kindern	17

Anfragen an den Senat

„Deutsche Babys ohne Adler auf dem Pass“ (Link) und weitere Anfragen ab Seite	18
---	----

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal und Europa-Newsletter	20
Steigende Asylbewerberzahlen auch im ersten Halbjahr 2011	20
3.439 Asylanträge im Juli 2011	21
Neues aus den europäischen Institutionen: Teil 2: „Das ‚Migrationspaket‘ vom 24.05.11“	21
Europäische Agenda für Integration	25

BAMF: Ausschreibung von Fördermitteln für gemeinwesenorientierte Projekte im Förderjahr 2012. Frist: 31.10.201126
Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen: EU-Programm „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“: Europäischer Fonds für Integration – EIF. Frist: 11.10.201126
Programm für lebenslanges Lernen (LLP): Förderung der Eingliederung von Roma in das und durch das Bildungssystem. Frist: 16.09.201126
SVR-Fallstudie: Umgang von Ausländerbehörden mit hoch qualifizierten Zuwanderern. Vergleich: Berlin, Hamburg und Frankfurt/Main26

Initiativen

LOK e.V.: Geschäftsideenwettbewerb startet - Gesundheit und Wellness in Kreuzberg27
Wettbewerb: Aktiv für Demokratie und Toleranz 2011 Gesucht: Projekte für eine demokratische und tolerante Gesellschaft. Frist: 30.09.201127
12. Dreikönigspreis. Diözesanrats Berlin schreibt Integrationspreis 2011 aus. Frist: 05.11.201127
Ausschreibung: Mete-Eksi-Preis 2011. Für ein friedliches Zusammenleben. Frist: 13.10.201128

Workshops/ Tagungen

07.-08.11., Seminar: Strategisch gegen Diskriminierung vorgehen28
26.-27.10., Konferenz: Intersektionale Gewaltprävention und Bildungsarbeit. Anmeldung bis: 10.10.201129
09.09.: Symposium. Suchtprävention im Setting Familie: Eltern erfolgreich einbeziehen29
13.-14.10., Seminar: Finden und Binden – oder: Wie motiviert man ältere Migrant/innen zum bürgerschaftlichen Engagement? Anmeldung bis: 30.09.201130

Qualifizierungen

Ab Oktober: Teamerworkshops zu den Themen Islam, Islamismus und Demokratie30
Start: 01.09.2011. Ein interkulturelles Freiwilliges Soziales Jahr! Jetzt noch bewerben!31
Kiezküchen: Freie Ausbildungsplätze in Hotels, Jugend- und Senioreneinrichtungen. Schulabschluss nicht erforderlich31
LIFE e.V. Kiez-Umweltbotschafterinnen – Migrantinnen aktiv für Umweltschutz in Berlin Bewerbungsfrist: 30.09.201131
Lebensnah e.V.: Deutsch lernen. Integrationskurs für Eltern ab 13.09.201132

Aus Projekten und Vereinen

Projektvorstellung: „Mehr Wege als Einweg!“ – Migrantinnen aktiv für Umweltschutz in Berlin32
Afro-Deutsche Spielgruppe Berlin: "African Twist" – Das Kindermusical startet33
Die gelbe Villa: 9. FamilienFest International. Lesen ohne Grenzen in der gelben Villa Stiftung UMWERTEILEN!: Vielfalt erfahren – Begegnungen in der Türkei. Bewerbungsschluss: 30.11.201134
Al Nadi: Beratung – Bildung, Treffpunkt für arabische Frauen. Programm Herbst/ Frühjahr 2011/1235
Bayouma-Haus der AWO: Programm September 201136
Mama Afrika e.V. Hadja Kitagbe Kaba für TAZ-Panterpreis nominiert. Abstimmen bis 03.09.201137

Veranstaltungen

02.-04.09.: PoKuSa. Deutsch-polnisches Kulturfest37
Kultur bewegt e.V.: Stadtteilfehrungen im September 2011 „Route 44/ Zweite Heimat Neukölln38
03.10., Vorschau: 4. Berliner Integrationslauf 2011. Voranmeldung bis 26.09.201138

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

Beratungsangebot für MigrantInnen ohne Krankenversicherung im Internet38
--	---------

Integrationsbeauftragter aktuell



Internetportal würdigt 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Vor 50 Jahren wurden die ersten Gastarbeiter aus der Türkei angeworben. Zahlreiche Veranstaltungen erinnern in diesem Jahr an dieses Datum. Einen Überblick über die Zeit der Anwerbung bietet jetzt das Internetportal „Berlin sagt danke“, das der Integrationsbeauftragte Günter Piening eingerichtet hat (<http://www.berlinsagtdanke.de>). Das Datum des Anwerbeabkommens ist auch die Geburtsstunde der türkeistämmigen Community in Berlin, der größten in Deutschland. Rund 176.000 Berlinerinnen und Berliner haben einen Migrationshintergrund Türkei.

Am 30. Oktober 1961 schloss die Bundesrepublik Deutschland mit der Regierung der Türkischen Republik ein Abkommen über die „Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer“. In Berlin begann die Anwerbung erst drei Jahre später – wegen des Mauerbaus befürchtete der Berliner Senat zunächst mögliche Konkurrenz für die West-Berliner Arbeitnehmer. Aber die wirtschaftlichen Zwänge sprachen dagegen. Nach dem Bau der Mauer 1961 war der Westteil der Stadt von den Arbeitnehmern aus den Ostbezirken und aus dem Umland abgeschnitten. Diese Lücke füllten die neu angeworbenen Arbeitskräfte aus der Türkei. Die Männer und Frauen (ein Drittel waren Frauen), die damals als „Gastarbeiter“, nach Berlin kamen, tragen wesentlichen Anteil daran, dass auch im eingemauerten West-Berlin die wirtschaftliche Produktion aufrechterhalten werden konnte, dass sich die Halbstadt ökonomisch entwickeln konnte. 1961 lebten nur 284 türkische Einwohner in Berlin, heute beträgt allein die Zahl der Unternehmen mit türkeistämmigen Inhaberinnen und Inhabern rund 8.500 mit über 30.000 Beschäftigten.

Das neue Webportal zeichnet die Geschichte der Einwanderung aus der Türkei nach dem Anwerbeabkommen nach. Es beschreibt, unter welchen Bedingungen die einstigen „Gastarbeiter“ in ihre neue Heimat kamen, die fast alle zunächst als eine Heimat auf Zeit ansahen. In vielen Einzelporträts und Interviews kommen Zeitzeugen und ihre Angehörigen zu Worte. Zudem gibt es Hinweise auf die Veranstaltungen, die in Berlin an das Jubiläum erinnern.

Unterstützt wird das Portal durch die Hauptstadtkampagne „be Berlin“, Radyo Metropol FM und das Kölner Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland DOMiD e.V. Die Hauptstadtkampagne „be Berlin“ hat im Rahmen des Projekts „be Berlin international“ die Geschichten internationaler Berlinerinnen und Berliner gesammelt und veröffentlicht.

Hier geht es zum neuen Internetportal:

<http://www.berlinsagtdanke.de>

Weitere Informationen zum Webportal „Berlin sagt danke – teşekkür ediyor“

Die Geschichte der modernen Nachkriegszuwanderung beginnt in der Bundesrepublik Mitte der 50er Jahre mit der Anwerbung von Arbeitskräften, vor allem in den Ländern rund um das Mittelmeer. In vielen Bereichen der bundesdeutschen Industrie wurden Arbeitskräfte gebraucht, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zu finden waren.

Anwerbeländer waren: Griechenland, Italien, Jugoslawien, Korea, Marokko, Portugal, Spanien, die Türkei und Tunesien. Mit diesen Ländern wurden „Anwerbeverträge“ geschlossen. Die meisten der damaligen sogenannten „Gastarbeiter“ blieben nur wenige Jahre und kehrten dann in ihre Heimatländer zurück. An einen Daueraufenthalt dachten damals nur wenige.

Martin Greve zeichnet die Anfänge der türkischen Arbeitsmigration nach:

http://www.berlinsagtdanke.de/index.php?option=com_content&view=category&id=2&Itemid=11

50 Jahre Migrationsgeschichte. Darüber werden in jeder Familie ganz unterschiedliche Geschichten erzählt und weitergegeben. Erfolgsgeschichten sind darunter, wenn alte Auswandererträume in Erfüllung gegangen sind, aber oft verdüstern auch Schicksalsschläge den Blick zurück. All diese Geschichten gehören inzwischen zum gemeinsamen Erfahrungsschatz der Berlinerinnen und Berliner.

Der Unternehmer Burhan Gözüakça erinnert sich an seinen Vater:

http://www.berlinsagtdanke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=37&Itemid=45

Als „Gastarbeiter“ kam einst auch der Vater des Comedy-Künstlers Murat Topal:

http://www.berlinsagtdanke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=36&Itemid=44

Mehr Geschichten zum Nachlesen, Anhören oder Ansehen unter:

http://www.berlinsagtdanke.de/index.php?option=com_content&view=article&id=46&Itemid=17

Auch Veranstaltungstipps rund um das Jubiläumsjahr zum Anwerbeabkommen bietet die Website:

http://www.berlinsagtdanke.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=7&Itemid=46

VERANSTALTUNGEN IM SEPTEMBER

50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

(Auszug)

08.09., „Kreuzberger Gespräche´11“:

Eine Zweckehe feiert goldene Hochzeit – 50 Jahre Anwerbeverträge zwischen Deutschland und der Türkei

Veranstalter: HDB-Progressive Volkseinheit der Türkei

„Vom Gastarbeiter aus dem vorderen Orient zum deutschen Politiker mit Migrationshintergrund – (K)Eine Erfolgsgeschichte?“

Donnerstag, 08.09.2011
um 19.00 Uhr im

AWO Cafe
Oranienstraße 69
10969 Berlin-Kreuzberg

Vor einem halben Jahrhundert sind die ersten GastarbeiterInnen in Deutschland angekommen und schon sehr früh haben sich türkischstämmige Menschen in das politische Geschehen in Deutschland eingemischt. Dennoch gibt es bis heute selbst in Berlin keine einflussreichen politischen Posten, wie der eines Stadtrates, Bürgermeisters oder Senators, die von türkeistämmigen Bürgern besetzt sind.

Um heraus zu bekommen, warum das so ist, wollen wir einen Blick auf die Entwicklung der politischen Partizipation türkeistämmiger Bürger werfen.

Programm:

http://www.hdb-berlin.org/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=25&Itemid=44&lang=de

27.09., FES:

"Alles klöng klöng oder was?"

50 Jahre deutsche Einwanderungsgeschichte aus Sicht der ersten Generation der Arbeitsmigrant/innen"

Anmeldung bis **19.09.2011**

Fishbowl (besonders interaktive Form der Podiumsdiskussion) am 27.09.2011 in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 1, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin.

Hierbei ist es uns ein Anliegen, VertreterInnen jener Zeit mit jungen Menschen ins Gespräch zu bringen.

Programm und Anmeldung:

<http://www.fes.de/forum/pug/inhalt/documents/EinladungAllesklongklong.pdf>

Internet: <http://www.fes.de>

ALMANCI! – 50 JAHRE SCHEINEHE

Theater/Performance/Film/Musik/Literatur

31. August bis 31. Oktober 2011
Ballhaus Naunynstraße

Mit dem Theaterfestival AlmanCI! – 50 Jahre Scheinehe feiert und reflektiert das Ballhaus Naunynstraße zum Auftakt der Spielzeit 2011/2012 das 50-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens Deutschlands mit der Türkei.

Weitere Infos unter:

<http://www.ballhausnaunynstrasse.de/index.php?id=21&evt=455>

Ausschreibung:

INTEGRATIONSPREIS 2011 FÜR ENGAGEMENT ZUR VERSACHLICHUNG DER EINWANDERUNGSDEBATTE

Frist: 15.09.2011

Die Integrationsdebatte des vergangenen Jahres war bestimmt durch Klischees und negative Stereotypen über bestimmte Einwandergruppen. Es gab und gibt aber auch andere Stimmen, die sich diesem populistischen Mainstream entgegenstellen und in Wort und Bild für eine Versachlichung der Debatte eintraten. An sie wendet sich der Berliner Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen mit seinem diesjährigen Integrationspreis

Der mit 5000 € dotierte Integrationspreis wird jährlich vom Landesbeirat für Integration und Migration vergeben und Ende des Jahres im Rahmen einer Festveranstaltung übergeben.

Mit dem Integrationspreis 2011 sollen Berliner Einzelpersonen ausgezeichnet werden, die sich durch Beiträge und Initiativen in der Öffentlichkeit um die Versachlichung der Debatte zur Einwanderung verdient gemacht und damit der Stigmatisierung von Einwandergruppen entgegengewirkt haben. Dabei werden insbesondere wissenschaftliche Veröffentlichungen, künstlerische Arbeiten oder journalistische Beiträge aus den Jahren 2010 und 2011 berücksichtigt, die jenseits einer engeren Fachöffentlichkeit aufgegriffen und wahrgenommen worden sind. Eigenbewerbungen sowie Fremdvorschläge sind möglich.

In der Begründung zum Beschluss des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen heißt es: „Die Medien-Diskussion um Einwanderung und Einwanderer wird häufig geprägt durch Stereotype gegenüber Einwanderung und Einwanderergruppen. Dass dadurch das integrationspolitische Klima nicht vergiftet worden ist, ist auch WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, MedienmacherInnen zu verdanken, die aktiv in der Öffentlichkeit Vorurteile thematisiert haben, für Teilhabe und

gerechten Umgang miteinander geworben und zur Versachlichung beigetragen haben.“

Bewerbungen, verbunden mit einer kurzen aussagekräftigen Beschreibung von Person und Engagement sowie der entsprechenden auszeichnungswürdigen Veröffentlichung können bis zum 15. September 2011 eingereicht werden beim:

Beauftragten des Senats für Integration und Migration
Geschäftsstelle des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen

Stichwort: Integrationspreis 2011

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin

E-Mail: integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

**Landesbeirat
für Integrations- und Migrationsfragen:
AUFRUF ZUM EINTRAG
IN DIE "LISTE DER WAHLBERECHTIGTEN
MIGRANTENVEREINE"**

Mehr Mitsprache in der Berliner Integrationspolitik

Ende 2010 verabschiedete der Berliner Senat das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG). Es schafft mehr Mitsprachemöglichkeiten für Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshintergrund. Auf Landesebene werden sie im Landesbeirat für Integration und Migration vertreten sein und auf Bezirksebene in den neuen bezirklichen Integrationsausschüssen. Welche Personen in die Gremien gewählt werden, darüber entscheiden die Migrantenvereine, die in der "Liste der wahlberechtigten Migrantenvereine" registriert sind.

Ab sofort können sich Vereine in diese Liste eintragen lassen. Sie wird beim Berliner Integrationsbeauftragten geführt. Wesentliche Voraussetzung ist, dass mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder Migrationshintergrund haben, d.h. sie selbst oder ihre Eltern wurden im Ausland geboren.

Der Eintrag in die Liste gewährt den Vereinen erweiterte Mitbestimmungsrechte:

- Wahl der Migrantenvorteiler/innen im Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen (§6 PartIntG): Der Landesbeirat ist ein hochrangiges Beratungsgremium und erarbeitet Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Berliner Integrationspolitik. Von Seiten der Politik und Verwaltung nehmen die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Bürgermeister zweier Bezirke und der Beauftragte für Integration und Migration teil. Weitere Mitglieder sind wichtige Verbände und nichtstaatliche Organisationen. Vorsitzende ist die Senatorin bzw. der Senator für Integration. Sieben Mitglieder werden von den Migrantenvereinen gewählt, die zu der Lis-

te zugelassen wurde. Dabei gilt: Ein Verein - eine Stimme!

- Vorschlagsrecht für die bezirklichen Integrationsausschüsse (§32 Bezirksverwaltungsgesetz): In der kommenden Legislaturperiode werden in den Bezirken erstmals Integrationsausschüsse eingerichtet, die bis zu 7 Bürgerdeputierte umfassen können. Die Vereine, die auf der Liste stehen, können den Fraktionen Vorschläge dafür unterbreiten.

Weitere Informationen sowie das Antragsformular für die Aufnahme in die "Liste der wahlberechtigten Migrantenvereine" sind auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten zu finden unter

<http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/index.html>

[PM v. 25.07.2011]

**Landesbeirat
für Integrations- und Migrationsfragen:
ERINNERUNG AN DIE FRIST
ZUR EINTRAGUNG IN DIE LISTE
DER WAHLBERECHTIGTEN
MIGRANTENVEREINE 2011**

Frist: **20.09.2011, spätestens jedoch 04.10.2011**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem Schreiben vom 19.07.2011 habe ich Sie bereits darüber informiert, dass die Migrantenvorteilerinnen und Migrantenvorteiler des Landesbeirats für Integration und Migration am 05. Dezember 2011 neu gewählt werden.

Diese Wahl findet auf der Grundlage des im Dezember 2010 verabschiedeten Partizipations- und Integrationsgesetzes (PartIntG) statt.

Um eine Wahlberechtigung zu erhalten, muss Ihr Verein / Verband die Aufnahme in die Liste der Migrantenvereine beim Beauftragten für Integration und Migration beantragen. Die Aufnahme in diese Liste gem. § 6 PartIntG muss bis zum 04. Oktober 2011 erfolgt sein.

Aus den Erfahrungen der zurückliegenden Wochen bitte ich Sie jedoch dringend, Ihre Anträge

bis zum 20. September 2011 einzureichen,

damit eventuelle Rückfragen und Nachforderungen bis zum Fristablauf geklärt werden können.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Internetadresse

<http://www.berlin.de/lb/intmig/beirat/index.html>

Falls Sie Fragen haben, zögern Sie nicht, mich direkt zu kontaktieren unter

integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Stichwort: Vereinsliste.

Für Rückfragen steht Ihnen auch die Geschäftsstelle des Landesbeirats, Tel.: (030) 9017-2364 zur Verfügung.

Günter Piening

WIE WEIT WEG IST NORWEGEN?

Erklärung des Berliner Integrationsbeauftragten Günter Piening anlässlich der Anschläge in Norwegen

Der schreckliche Anschlag in Norwegen, begangen aus Hass auf Muslime, hat hierzulande tiefes Mitgefühl für die Opfer und Abscheu für den Täter erzeugt. Er hat auch die bange Frage aufgeworfen: Wie groß ist die Gefahr bei uns?

Nein, niemand kann sagen, ob in unserer Mitte ein ähnlicher Gewalttäter heranwächst. Doch auch bei uns ist der Boden bereitet, auf dem so jemand seine kruden Rechtfertigungen finden könnte. Die Abwertung und Ausgrenzung von Muslimen ist in den letzten Jahren gesellschaftsfähig geworden. Auf Internetplattformen wie Politically Incorrect dürfen sich Muslimhasser austoben, ohne Angst vor Strafverfolgung haben zu müssen. In ihrer Abwertung von Minderheiten und ihren Aussagen zu Islam und Einwanderern insbesondere aus der Türkei und den arabischen Ländern stehen viele dort veröffentlichte Beiträge in keiner Weise dem nach, was der norwegische Attentäter vertritt, ja der Attentäter war selbst aktiv in dieser Internetszene.

Die Wirkungen dieser Hassbloggerszene auf das gesellschaftliche Klima werden nach wie vor zu sehr verharmlost. Die Internetforen haben sich zu dem zentralen Verteidigungsorgan der antiislamischen Szene entwickelt. Hier wird Ausgrenzung und Gewalt der Weg geebnet. Hier ist das Umfeld, in dem "Einzeltäter" oder Gruppen genauso wie rechtspopulistische Bewegungen Bestätigung und Anstöße für ihr Denken und Handeln finden.

Eine gesellschaftliche Ächtung der Hassblogger ist überfällig - auch als klares Zeichen an die Muslime. Allzu lange wurden sie mit dem Gift, das die Hassblogs verspritzen, allein gelassen. Allzu oft wurden Übergriffe als Einzelthaten abgetan. Das Attentat in Norwegen hat verständlicherweise die Sorgen und Ängste der Muslime verstärkt. Umso notwendiger sind klare Zeichen des Zusammenhalts durch die Mehrheitsgesellschaft, eine klare Absage an antimuslimische Positionen, wo immer sie auftreten.

Am 1. August beginnt der Fastenmonat Ramadan. Es ist im Islam die Zeit, die den Zusammenhalt in der Gemeinschaft stärken sollte. Die kommenden Wochen bieten somit die Chance, gemeinsam einzutreten gegen Ausgrenzung von Minderheiten und für eine Gesellschaft, in der sich alle Minderheiten und alle Religionen zu Hause fühlen.

[PM v. 26.07.2011]

WOHNUNGEN FÜR FLÜCHTLINGE – Senatorin Bluhm und städtische Wohnungsunternehmen unterzeichnen Kooperationsvertrag

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Die städtischen Wohnungsunternehmen stellen zusätzlichen Wohnraum für Flüchtlinge bereit. Darauf haben sie sich mit Sozialsenatorin Carola Bluhm verständigt. Mit einem festen Kontingent von jährlich 275 Wohnungen wollen sie dazu beitragen, dass Flüchtlinge in Berlin möglichst schnell eigene Wohnungen beziehen können.

Asylsuchende müssen die ersten sechs Wochen in einer Erstaufnahmeeinrichtung verbringen – das ist bundesgesetzlich festgelegt – und können danach in ein Wohnheim oder in eine eigene Wohnung ziehen.

In den vergangenen Monaten ist es angesichts gestiegener Flüchtlingszahlen und einem angespannteren Wohnungsmarkt für Asylsuchende schwieriger geworden, eine Wohnung auf dem freien Markt zu finden. Insgesamt 125 Einzimmer- und 150 Mehrzimmerwohnungen werden die sechs großen städtischen Wohnungsgesellschaften WBM, degewo, GESOBAU, STADT UND LAND, GEWOBA sowie HOWOGE nun bereitstellen.

Sozialsenatorin Bluhm: „Selbstverständlich können Flüchtlinge weiter selbst eine Wohnung suchen. Ich bin aber sehr froh, dass wir diese Vereinbarung geschlossen haben und dass sich unsere landeseigenen Wohnungsgesellschaften hier engagieren. Von dem zusätzlichen festen Angebot werden insbesondere auch Familien profitieren. Ich hoffe sehr, dass auch andere Vermieter diesem Beispiel folgen und dass die Bereitschaft steigt, Wohnungen an Asylsuchende zu vermieten.“

Der Berliner Senat verfolgt seit Jahren das Ziel, Flüchtlinge in eigenen Wohnungen unterzubringen. Von 2010 durchschnittlich monatlich 2.152 durch das Land betreuten Asylbewerberinnen und -bewerber lebten rund 50 Prozent in einer eigenen Wohnung.

2010 ist die Zahl der Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland angestiegen. Nach Berlin kamen im Jahr 2010 insgesamt 1.963 Personen, 2009 waren es

1.350, 2008 insgesamt 1.076. In der ersten Hälfte des Jahres 2011 haben 978 Menschen in Berlin Asyl beantragt. Die meisten Asylbewerber, die 2010 nach Berlin kamen, stammen aus Vietnam, gefolgt von der Russischen Föderation, Serbien, Afghanistan, Iran und Irak.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028-2743

[PM v. 28.07.2011, 09:15 Uhr SenIAS]

SENATORIN BLUHM BESUCHT AHMADIYYA GEMEINDE ZUM ABENDLICHEN FASTENBRECHEN

Zum Auftakt des Fastenmonats Ramadan besucht Integrations senatorin Carola Bluhm am Dienstagabend die Ahmadiyya Gemeinde in Heinersdorf, um am abendlichen Fastenbrechen teilzunehmen. Weitere Moscheebesuche sollen in den kommenden Wochen folgen. „Ich wünsche mir, dass wir Berlinerinnen und Berliner – gleich welcher religiösen oder weltanschaulichen Zugehörigkeit – stärker das Gespräch miteinander suchen, uns einander zumuten, mit Vorurteilen aufräumen und Zeichen der Verbundenheit und Zusammengehörigkeit setzen. Der Fastenmonat Ramadan bietet dafür sicher viele gute Gelegenheiten, die wir nutzen sollten“ so Bluhm.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028-2743

[PM v. 02.08.2011, 13:45 Uhr SenIAS]

Senatorin Bluhm zu fünf Jahren Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz: „DISKRIMINIERUNG KANN JEDEN TREFFEN - BUND MUSS SCHUTZ IM ALLGEMEINEN GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ VERBESSERN“

Am 18. August 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in Kraft. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens fordert Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales die Bundesregierung dazu auf, sich für eine Verbesserung des Diskriminierungsschutzes einzusetzen:

„Diskriminierung ist kein Problem von Randgruppen, sondern sie kann jeden treffen. Wenn jemand eine Wohnung nicht erhält, weil er einen ausländisch klingenden Namen hat oder wenn jemand einen Job nicht bekommt, weil sie angeblich zu alt dafür ist, dann haben wir es mit Diskriminierung zu tun. Wir möchten dazu ermutigen, sich zur Wehr zu setzen. Unsere Landesantidiskriminierungsstelle bietet hierfür vielfältige Unterstützung an. Allerdings brauchen wir weitere gesetzliche Verbesserungen und einen besseren Schutz im AGG, etwa durch ein Verbandsklagerecht.“

Auch die zahlreichen Ausnahmetatbestände, die Ungleichbehandlungen rechtfertigen, wie sie das AGG beispielsweise im Zugang zu Wohnraum oder im Zusammenhang mit den Merkmalen Alter und ethnischer Herkunft vorsieht, bedürften einer Überprüfung.

Das Land Berlin setzt seit Jahren in der Antidiskriminierungspolitik eigene Maßstäbe und hat im Rahmen der Umsetzung des AGGs als eines der wenigen Bundesländer bereits 2007 eine Landesantidiskriminierungsstelle eingerichtet, die mit vielen Maßnahmen erfolgreich in die Berliner Verwaltung und Gesellschaft hinein wirkt, Berlinerinnen und Berliner über ihre Rechte und Möglichkeiten im Falle einer Diskriminierung informiert und zum Abbau von Diskriminierung beiträgt.

Und trotzdem bleibe auch in Berlin noch viel zu tun, um für alle Menschen Gleichbehandlung zu erreichen, so Bluhm.

Dazu gehören:

- Ausbau der landesrechtlichen Instrumente durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz
- Breite Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- Sicherung der Beratungsstruktur für Gleichbehandlung
- Bekämpfung von struktureller Diskriminierung in Politik, Verwaltung und Gesellschaft
- Eine Kultur der Vielfalt in der Verwaltung befördern.

„Gleichbehandlung ist Ihr gutes Recht!“ heißt die Kampagne der Berliner Landesantidiskriminierungsstelle. Das Land Berlin ermutigt damit alle Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte wahrzunehmen und sieht darin gleichzeitig einen Auftrag an sich selbst, mit Nachdruck die erfolgreiche Antidiskriminierungsarbeit fortzusetzen.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 030 90282743

[PM v. 15.08.2011, 13:05 Uhr SenIAS]

Wahlen in Berlin

INFORMATIONEN ZU DEN WAHLEN IN BERLIN Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirks- verordnetenversammlungen am 18.09.2011

Für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin sind 2.481.172 Berlinerinnen und Berliner wahlberechtigt – das sind 44.412 mehr als vor fünf Jahren.

Umfangreiche Informationen der Berliner Landeswahlleiterin zu den Wahlen in Berlin am 18.09.2011 unter:

<http://www.wahlen-berlin.de/>

Hinweise für UnionsbürgerInnen

Am 18. September 2011 werden die Mitglieder der 12 Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Dazu sind auch Unionsbürgerinnen und Unionsbürger aus den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wahlberechtigt.

Merkblatt für UnionsbürgerInnen:

http://www.wahlen-berlin.de/wahlen/BE2011/Merkblatt_Unionsbuenger_2011.pdf

„FÜR DEMOKRATISCHE STREITKULTUR UND TOLERANZ“

Aufruf des Berliner Ratschlags für Demokratie anlässlich der Wahlen in Berlin

Ein breites Bündnis aus Persönlichkeiten aus Kultur, Wirtschaft, Medien und Politik hat in einer Erklärung des "Berliner Ratschlag für Demokratie" die Berlinerinnen und Berliner aufgerufen, bei der Abgeordnetenhauswahl 2011 ein Zeichen für demokratische Kultur, Fairness und Toleranz zu setzen.

Die Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus haben sich kürzlich auf eine gemeinsame Linie in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus im Wahlkampf verständigt. Der Berliner Ratschlag für Demokratie begrüßt diese bundesweit vorbildliche Initiative der Parteien.

Der Aufruf

Im Wahlkampf für das Berliner Abgeordnetenhaus, das am 18. September 2011 neu gewählt wird, ruft der Berliner Ratschlag für Demokratie alle Parteien sowie alle Wählerinnen und Wähler auf, sich zur Vielfalt unserer Stadt zu bekennen und gegenseitigen Respekt zu zeigen.

In Wahlkämpfen wird öffentlich über politische Lösungswege und Programme gestritten. Aber Wahlkämpfe sind auch Proben für demokratische Kultur,

Fairness und Toleranz. Dies gilt besonders für eine Weltstadt wie Berlin, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache, Hautfarbe, Kultur und Religion zusammen leben.

Der Berliner Ratschlag für Demokratie fordert alle Parteien auf, im Wahlkampf Parolen zu unterlassen, die einzelne Menschen und Gruppen ausgrenzen oder diskriminieren. Wer Minderheiten ausgrenzt, trifft auf unseren Widerstand. Wir bleiben offen für das Unbekannte und verpflichten uns zu gegenseitigem Respekt.

Jede Kultur, jede Religion, jede Tradition hat in Berlin ihren Platz, solange sie die demokratischen Rechte aller Menschen respektiert. Das Ausgrenzen von Minderheiten, Religionen und Kulturen wird die sozialen Konflikte in Berlin nicht lösen, sondern verschärfen. Berlin hat immer dann geblüht, wenn viele Menschen aus unterschiedlichen Kulturen hierher kamen, um ihr Glück zu suchen.

Wir rufen die Wählerinnen und Wähler auf, die Parteien danach zu beurteilen, ob sie für ein Berlin eintreten, das sich aufnahmebereit für das Neue und das Belebende einer Einwanderungsgesellschaft zeigt. Ausländerfeindliche, fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und diskriminierende Propaganda darf im Wahlkampf keinen Platz haben.

Es geht darum, wie wir unsere Gesellschaft gestalten und wie unsere Stadt lebenswert bleibt für alle, die in ihr leben wollen. Das geht nur, wenn wir klischeehaftes Freund- Feind-Denken überwinden. Der Wahlkampf ist dazu eine gute Gelegenheit.

[Berlin, 18.07.2011]

Mehr zum Ratschlag und den UnterzeichnerInnen
<http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de>

Die Geschäftsstelle des Berliner Ratschlages liegt beim Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration • Potsdamer Str. 65 • 10785 Berlin • Telefon (030) 90 17 -23 29 • Telefax (030) 90 17 -23 20 • ratschlag.demokratie@IntMig.berlin.de

„DU HAST DIE WAHL“ Zweisprachige Wahlfibeln zu den Berliner Wahlen 2011

An die deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund wenden sich die Wahlfibeln *Du hast die Wahl*, die bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit erhältlich sind. Die Broschüren möchten einen Beitrag leisten, die aus verschiedenen Ländern stammenden Menschen zu motivieren, ihre Stimme abzugeben.

Die Broschüren informieren jeweils in deutscher und arabischer, türkischer, polnischer sowie russischer Sprache über den Wahlvorgang, die wichtigsten Termine und auch darüber, was zu tun ist, wenn man am Wahltag verhindert ist oder keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat.

Eine kurze Einführung in das Berliner Regierungssystem, zur Bedeutung der Erst- und Zweitstimme und weitere interessante Informationen zu den Berliner Wahlen runden die 36seitigen Veröffentlichungen ab.

Die Wahlfibeln liegen im Informationsraum der Landeszentrale zur entgeltfreien Mitnahme aus und sind im Netz als Download erhältlich.

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin
An der Urania 4-10 (1. Stock, Zimmer 133)
10787 Berlin-Schöneberg (Nähe Wittenbergplatz)

Tel.: (030) 90 16 25 52

Öffnungszeiten:

Mo. bis Mi.: 12 Uhr bis 16 Uhr

Do.: 12 bis 18 Uhr, Fr.: 10 bis 18 Uhr.

Zusendungen sind leider nicht möglich.

Informationen auch unter

<http://www.landeszentrale-politische-bildung-berlin.de/>

oder <http://www.duhastdiewahl.de/>

Wahlfibeln als Dateien für den direkten Download:

Deutsch – Türkisch:

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lzpb/publikationen/uebersicht_nach_themen/berlin/2011_wahl_tr_ber_web.pdf

Deutsch – Arabisch

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lzpb/publikationen/uebersicht_nach_themen/berlin/2011_wahl_ar_ber_web.pdf

Deutsch – Polnisch

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lzpb/publikationen/uebersicht_nach_themen/berlin/2011_wahl_pol_ber_web.pdf

Deutsch - Russisch

http://www.berlin.de/imperia/md/content/lzpb/publikationen/uebersicht_nach_themen/berlin/2011_wahl_ru_ber_web.pdf

[PM v. 08.08.2011, RED]

WAHL-O-MAT BERLIN!

Online-Frage-und-Antwort-Tool zur politischen Präferenz

Die aktuelle Version des Wahl-O-Mat zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 18. September 2011 ist online unter <http://www.wahl-o-mat.de>.

Der Wahl-O-Mat Berlin wurde von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und einer Redaktion aus 18 Berliner Jungwählerinnen und Jungwählern erstellt. Alle 22 Parteien, die zur Abgeordnetenhauswahl antreten, haben sich im Vorfeld zu den 38 Thesen der Berliner Wahl-O-Mat-Jugendredaktion geäußert. Jetzt sind die Wählerinnen und Wähler an der Reihe.

22 Parteien, 38 Thesen und die Einladung, sich mit den Positionen der politischen Parteien in Berlin zu beschäftigen: Pünktlich zum Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes in Berlin können die Wählerinnen und Wähler nun testen, welche der zur Wahl zugelassenen Parteien ihnen am nächsten stehen.

Im Internet unter:

<http://www.wahl-o-mat.de/berlin2011/>

Kampagne zu den Berliner Wahlen:

JEDE STIMME 2011

**Symbolische Wahlen vom 29.08. bis 04.09.2011
für Menschen ohne deutschen Pass in Berlin**

460.000 Berlinerinnen und Berliner haben keinen deutschen Pass. Das bedeutet, dass rund 13% der Berliner Bevölkerung am 18. September nicht an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus teilnehmen. Diese Menschen leben und arbeiten zwar in Berlin, zahlen Steuern und sind von politischen Entscheidungen betroffen - dennoch bleiben sie von der politischen Willensbildung ausgeschlossen.

Das Ziel der Kampagne „Jede Stimme 2011“ ist es, die Aufmerksamkeit für bestehende Partizipations- und Demokratiedefizite zu verstärken und eine öffentliche Debatte über die Ausweitung politischer Partizipationsrechte anzustoßen. Zudem soll das Interesse an der Berliner Politik und auch an den Parteien vergrößert werden. Hiervon können nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern auch die gesamte Bevölkerung profitieren.

Weitere Informationen im Internet unter

<http://jedestimme2011.de>

Kontakt

Projektbüro Jede Stimme 2011

Ziegelstraße 10
10117 Berlin

Tel.: (030) 20 93 46 630
Fax: (030) 20 93 46 631

E-Mail: info@jedestimme2011.de
Internet: <http://jedestimme2011.de>

06.09., Forum, EA Berlin:

WEN WÄHLEN WIR?

Berliner Politiker zu Glaube und Religion

06. September 2011, 19:00 Uhr

Ort: Französische Friedrichstadtkirche

Vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin möchten wir Ihnen Gelegenheit geben, die religionspolitischen Positionen von SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, der Partei Die Linke und der FDP besser kennenzulernen.

Kandidaten der fünf derzeit im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien stellen sich am 6. September den Fragen von Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Im Gespräch wollen wir erkunden, wie die Parteien das Miteinander der Religionen in Berlin künftig gestalten wollen. Zudem sind die Kandidaten aufgerufen, ihre persönliche Haltung zu Glaube und Religion zu erläutern.

Den Fragen stellen sich:

Christian Gaebler (SPD)
Burkard Dregger (CDU)
Bettina Jarasch (Bü90/Die Grünen)
Mieke Senftleben (FDP) und
Dr. Klaus Lederer (Die Linke)

Die Fragen stellen die Politologin Pinar Cetin vom muslimischen Dachverband DITIB, Prof. Dr. Axel Bohmeyer, Erziehungswissenschaftler an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen in Berlin, und Rechtsanwalt Jann Fiedler aus der Kirchenleitung der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Der Eintritt ist frei.
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Weitere Informationen:
http://www.eaberlin.de/programm_detail.php?vstg_id=9809&archiv=0

Kontakt

Ev. Akademie zu Berlin
Charlottenstraße 53/54
10117 Berlin

Tel.: (030) 203 55 - 503
Fax: (030) 203 55 - 550

Tagungssekretariat:
Belinda Elter
Tel.: (030) 203 55 - 411

E-Mail: elter@eaberlin.de
Internet: <http://www.eaberlin.de>

06.09.:

„WARUM SOLLTEN MUSLIME SIE WÄHLEN?“
Diskussionsveranstaltung der Muslimischen Akademie in Deutschland

Dienstag, 6. Sept. 2011, um 19 Uhr
Senatssaal
Brunnenstraße 188-190
U-Bahn: Rosenthaler Platz

Aufgrund der bevorstehenden Wahlen laden wir Sie zu einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Politik ein:

CDU: Timur Husein
(Kandidat Wahlkreis 2 in Friedrichshain-Kreuzberg)

FDP: Volker Thiel, MdA
Wirtschaftspolitischer Sprecher

Bündnis 90/Die Grünen: Dr. Susanna Kahlefeld

Die Linke: Kadriye Karci, MdA

SPD: Dilek Kolat, MdB

In Kooperation mit dem Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten

Kontakt

Für Rückfragen:

Muslimische Akademie in Deutschland
Kaiserdamm 100
14057 Berlin

Tel: (030) 3010 9499
Fax: (030) 3010 9531

E-Mail: Sekretariat@muslimische-akademie.de
Internet: <http://www.muslimische-akademie.de>

Aus dem Landespressedienst

Pressemitteilung vom 06.07.2011, 13:00 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

BERTELSMANN STIFTUNG BESTÄTIGT HOHEN KITA-STANDARD IN BERLIN

Die von der Bertelsmann Stiftung vorgelegten Ergebnisse ihres Ländervergleichs 2011 der frühkindlichen Bildungssysteme belegt erneut die überdurchschnittlichen Anstrengungen Berlins auf diesem Feld. Berlin liegt bezogen auf die Pro-Kind-Ausgaben bundesweit an der Spitze. 2008 hatte Berlin mit 4.145 Euro pro unter 6-jährigem Kind die höchsten Ausgaben aller Länder; sie liegen um 1.367 Euro über den durchschnittlichen Ausgaben in Deutschland.

Nach Ansicht von Bildungs- und Jugendminister Jürgen Zöllner verdeutlicht der Ländervergleich eindrucksvoll, dass die Kindertagesbetreuung in Berlin allen Kindern grundsätzlich gleiche Bildungschancen bietet. Berlin gelingt die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung besser als anderen Bundesländern. Im Bundesdurchschnitt liegt nach den Angaben der Bertelsmann Stiftung der Anteil der Kinder über 3 Jahren, die einen Migrationshintergrund haben und mehr als 7 Stunden täglich (ganztags) in einer Kindertageseinrichtung betreut werden, bei 34,5 %, in Berlin hingegen bei 41 %. Insgesamt nutzen rund 87 % der 3- bis unter 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund in Berlin eine Kita oder Kindertagespflege.

Unabhängig vom Migrationshintergrund sind 94,6 % der Kinder dieser Altersgruppe mit einem Platz in der Kindertagesbetreuung versorgt.

Der Berliner Senat unternimmt seit Jahren umfassende Anstrengungen, um die Bildungsbeteiligung von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache in der Kindertagesbetreuung zu erhöhen. Besondere Schwerpunkte sind dabei die frühzeitige Sprachentwicklung und Sprachförderung. Die Ergebnisse der jährlichen Einschulungsuntersuchungen und Sprachstandfeststellungen belegen, dass der Kita-Besuch die kindliche Entwicklung fördert: Je länger Kinder die Kita besuchen, desto besser verläuft deren Entwicklung.

Werbung für einen frühen und regelmäßigen Kita-Besuch, Elterninformationen in mehreren Sprachen sowie die interkulturelle Öffnung der Kitas selbst führen dazu, dass die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in Kitas kontinuierlich gewachsen ist. Waren 2008 insgesamt 38.513 Kinder mit Migrationshintergrund in einer Kita, so waren es 2010 bereits 41.313.

In Berlin wird jedem Kind über 3 Jahre bedarfsunabhängig und gebührenfrei eine Betreuung im Umfang von 5 bis 7 Stunden täglich angeboten. Die Bertels-

mann Studie kommt zu dem Schluss, dass Berlin mit den ostdeutschen Bundesländern zur Spitzengruppe bei den Ganztagsangeboten für die über Dreijährigen gehört.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 08.07.2011, 09:05 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

BERLINER MEDIENPREIS

„MEDIAMAX“ AUSGESCHRIEBEN

jugendnetz-berlin zeichnet Projekte und Konzepte zur Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen aus

Das Berliner Landesprogramm jugendnetz-berlin schreibt erneut den Medienpreis „MediaMax“ aus. Mit dem Preis werden praxiserprobte Projekte, Konzepte und Ideen der Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen gewürdigt. Zum 10-jährigen Jubiläum des Landesprogramms werden in diesem Jahr zusätzlich Projekte und Unternehmen gewürdigt, die durch ihre Kreativität und Engagement einen beispielhaften Beitrag zur Förderung der Medienbildung von Kindern und Jugendlichen in Berlin leisten.

Bildungs- und Jugendminister Jürgen Zöllner betonte: „Die Förderung von Medienkompetenz junger Menschen ist eine sehr wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft. Mit dem Berliner Medienpreis wollen wir innovative Projekte der Medienbildung von Kindern und Jugendlichen würdigen und Impulse geben für neue Ideen und Partnerschaften in unserem Landesprogramm. Gerade im Jahr der Medienkompetenz ist das für mich ein besonderes Anliegen“

Der Berliner Medienpreis wird vergeben für Projekte und Konzepte der Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Er ist mit 5.000 Euro dotiert. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 30. September 2011. Bewerben können sich freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe, medienpädagogische Projekte und Initiativen, Schulen, Organisationen, Institutionen, Einrichtungen und Unternehmen, die mit Trägern der Jugendhilfe kooperieren. Die Bewerbungen sind an das Medienkompetenzzentrum des jeweiligen Bezirks zu richten. Der Berliner Medienpreis wird verliehen zum 11. Berliner Jugendforum am 26. November 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus.

jugendnetz-berlin ist eine jugendpolitische Initiative, die seit 2001 durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, die Stiftung Demokratische Jugend und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung in Kooperation mit den Bezirksämtern organisiert wird. Mit der Förderung von Medienprojekten der außerschulischen Jugendbildung, von Kooperationsprojekten mit

Schulen und ihrer Vernetzung will die Initiative die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen verbessern.

Ausschreibung und Informationen unter <http://www.jugendnetz-berlin.de>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 28.07.2011, 10:30 Uhr
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten
**AUSLANDSSTIPENDIEN 2012/2013 FÜR
BILDENDE KÜNSTLERINNEN UND KÜNSTLER
IN BERLIN**

Bewerbungsschluss: **15.09.2011**

Die Berliner Kulturverwaltung vergibt für 2012/13 im Bereich der Bildenden Kunst neun Auslandsstipendien im Rahmen des Berliner Kulturaustauschs. Dabei handelt es sich um je ein Jahresstipendium in New York und Los Angeles, ein Stipendium à 10 Monate in London, je zwei Stipendien à sechs Monate in Istanbul und Paris, ein Stipendium à drei Monate in Moskau sowie erstmals auch ein Stipendium à 3 Monate in Tokio. Die Vergabe erfolgt vorbehaltlich der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Kulturaustausch-Stipendien sollen jungen herausragenden Künstlerinnen und Künstlern wesentliche Impulse für ihre weitere Entwicklung geben und eine Vernetzung mit der internationalen Kunstwelt erleichtern. Eingebunden in das kulturelle Leben bedeutender Kunstmetropolen im Ausland, sollen sie die Möglichkeit erhalten, Kenntnisse und Verständnis für das Gastland zu vertiefen, Tendenzen der Kunstszene vor Ort zu studieren, neue Kontakte zu knüpfen, Ideen auszutauschen, ein Projekt zu realisieren und ihre Arbeitsergebnisse vor internationalem Publikum zu präsentieren.

Gefördert werden professionelle Bildende Künstlerinnen und Künstler, die Lebens- und Schaffensmittelpunkt seit drei Jahren in Berlin haben und berufliche Erfolge nachweisen können. Studierende sind von der Bewerbung ausgeschlossen. Ehemalige Kulturaustauschstipendiaten, deren Auslandsaufenthalt vor zwei Jahren endete, können sich erneut bewerben, jedoch nicht für denselben Ort. Über die Bewerbungen entscheidet eine Jury von Berliner Experten und den ausländischen Partnern. Maßstab für die Beurteilung der Bewerbungen ist die künstlerische Qualität des Auslandsvorhabens.

Bewerbungs-/Informationsunterlagen liegen zur Abholung bereit an der Pforte der
Senatskanzlei – Kulturelle Angelegenheiten
Brunnenstraße 188-190
10119 Berlin
(werktags von 7.00 Uhr bis 20.00 Uhr).

Sie sind im Internet abrufbar über:
<http://www.kultur.berlin.de>
und können per E-Mail angefordert werden über:
marlis.micha@kultur.berlin.de.
Auskunft erteilt Frau Micha, Tel.: 90228 756.

Die Bewerbungen sind einzureichen bei der
Senatskanzlei - Kulturelle Angelegenheiten.

Die persönliche Abgabe ist möglich werktags von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr bei Frau Micha.
Bewerbungsschluss: **15. September 2011** (Es gilt der Poststempel).

Über die Auswahlresultate werden alle Bewerberinnen und Bewerber schriftlich informiert.

Rückfragen: Marlis Micha, Telefon: 90 228 203

Pressemitteilung vom 29.07.2011, 10:35 Uhr
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
**Senatorin Bluhm
zu 10 Jahren Lebenspartnerschaftsgesetz:
„ENDE DES REFORMSTAUS – BUND MUSS
ENDLICH EHE FÜR LESBEN UND SCHWULE
ÖFFNEN“**

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales teilt mit:

Am 1. August 2001 trat das Lebenspartnerschaftsgesetz für Lesben und Schwule in Kraft. Anlässlich seines zehnjährigen Bestehens fordert Carola Bluhm, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales den Bundestag und die Bundesregierung dazu auf, endlich zu handeln und die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen: „Lesben und Schwule sind auch in Deutschland reif für die Ehe. Und die deutsche Gesellschaft ist es auch. In den letzten zehn Jahren ist ein gesellschaftlicher Wandel eingetreten, die Mehrzahl der Bevölkerung akzeptiert die Homoehe. Der Bund darf sich nicht länger vor dieser Entwicklung sowie vor der höchst richterlichen Rechtsprechung verschließen. Dieser Reformstau muss beendet werden.“

Deutschland hinkt der internationalen Entwicklung hinterher, in neun Staaten ist die Ehe für Lesben und Schwule bereits geöffnet.

Lebenspartnerinnen und Lebenspartner fühlen sich im Einkommenssteuer- und Adoptionsrecht diskriminiert. Sie bezahlen im Vergleich zu Eheleuten mehr Steuern und können gemeinsam keine Kinder adoptieren. Der Bundesfinanzhof äußerte erst im Mai 2011 „ernstliche Zweifel“ an der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses der Lebenspartner vom Ehegattensplitting. Und das Bundesverfassungsgericht wies schon 2009 darauf hin, dass die Privilegierung der Ehe gegenüber der Lebenspartnerschaft bei gemeinsamen Adoptionen nicht zulässig sei.

Bereits 2010 forderte das Land Berlin die Bundesregierung über den Bundesrat dazu auf, die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtlich lebende Menschen zu ermöglichen. Die Initiative fand damals keine Mehrheit.

Das Landesstatistikamt hat ermittelt, dass sich zwischen 2004 und 2010 rund 9000 Lesben und Schwule in Berlin verpartnern ließen, davon waren ein Sechstel nichtdeutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Rückfragen: Anja Wollny, Telefon: 9028-2743

Pressemitteilung vom 04.08.2011, 11:00 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Qualitätspaket für Schule und Kita:

SCHULEIGENES SPRACHBILDUNGSKONZEPT WIRD VERBINDLICH

Ab dem kommenden Schuljahr werden alle Berliner Schulen, die zusätzliche Personalmittel für Sprachförderung erhalten, ein Sprachbildungskonzept für ihre Schülerschaft entwickeln. Dies betrifft ca. 390 Schulen. Dazu werden Sprachbildungskoordinatorinnen und -koordinatoren an den Schulen benannt und in einem einjährigen Weiterbildungskurs qualifiziert. Sie sind für die Erarbeitung des Sprachbildungskonzeptes, dessen Umsetzung und Evaluation verantwortlich. Die Maßnahme zur Stärkung und Verstetigung der Sprachförderung an den Schulen ist Teil des von Bildungssenator Zöllner im Mai dieses Jahres vorgestellten Qualitätspaketes für Kita und Schule.

„Die Qualifizierung von Sprachbildungskoordinatoren ist ein wichtiger Schritt zum Konzept einer durchgängigen Sprachbildung an den Schulen. Das ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit, denn gerade für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die Sprachkompetenz von zentraler Bedeutung. Weder sozialpolitisch noch wirtschaftlich kann es sich das Land Berlin leisten, einen großen Teil der Lernpotenziale nicht auszuschöpfen“, so Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner.

Schuleigene Sprachbildungskonzepte umfassen alle sprachförderlichen Maßnahmen der Schule, das reicht von Sprachförderung im Fachunterricht über zusätzliche Sprachkurse in besonderen Lerngruppen bis zu außerunterrichtlichen und sogar außerschulischen Angeboten, die in Kooperation mit freien Trägern, den Volkshochschulen, Museen oder Bibliotheken durchgeführt werden.

Bis Ende November wird eine Expertise von Wissenschaftlern der Berliner Universitäten mit Kriterien für eine erfolgreiche Sprachförderung erstellt. Diese wird Grundlage von „Bausteinen für einen sprachförderlichen Unterricht“, die direkt von Lehrerinnen und Lehrern genutzt wird.

In Berlin wird laut Bevölkerungsprognose im Jahre 2020 der Anteil der Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Herkunft auf ca. 50 % ansteigen. Momentan erreicht nur rund 20 % der Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunft einen Schulabschluss mit Hochschulberechtigung, insgesamt sind es rund 40 % aller Schulabgänger.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 15.08.2011, 10:35 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Designierter Erzbischof legt Treueeid ab – Wowerit:

GUTE ZUSAMMENARBEIT IM INTERESSE ALLER BÜRGERINNEN UND BÜRGER BERLINS

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der designierte Berliner Erzbischof Monsignore Dr. Rainer Maria Woelki legt am Dienstag, den 16. August 2011, um 14.20 Uhr im Wappensaal des Berliner Rathauses den staatlichen Treueeid ab.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit: „Ich freue mich, den künftigen Oberhirten der Katholikinnen und Katholiken unserer Stadt kennenzulernen und ihm bei dieser Gelegenheit auch persönlich alles Gute für seine neue Tätigkeit nach dem Wechsel vom Rhein an die Spree zu wünschen. Der Erzbischof von Berlin gehört zu den wichtigen Persönlichkeiten unserer Stadt, und ich bin sicher, dass wir im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Berlins gut zusammenarbeiten werden.“ Die katholische Kirche, sagte Wowereit weiter, spiele insbesondere im interreligiösen Dialog eine wichtige Rolle in der multireligiös geprägten Gesellschaft einer durch Internationalität und Migration gekennzeichneten Metropole wie Berlin.

Nach § 16 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933 legt der designierte Erzbischof von Berlin seinen Treueeid vor dem Regierenden Bürgermeister ab. Mit dem Eid verspricht der Bischof, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten. Im Wortlaut des im Staatskirchenvertrag vorgesehenen Eides heißt es u. a.: „Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtgemäßen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in der Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte.“

Der bisherige Kölner Weihbischof Dr. Rainer Maria Woelki wurde am 2. Juli 2011 zum Erzbischof von Berlin ernannt. Dr. Woelki wird am 27. August in das Amt des Berliner Erzbischofs eingeführt.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 19.08.2011, 10:20 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

KINDER IN DER GRUNDSCHULZEIT BEGLEITEN – UNTERSTÜTZUNG FÜR ELTERN Senator Zöllner stellt neue Schulbriefe vor

Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner stellte heute gemeinsam mit der Vorsitzenden des Arbeitskreises Neue Erziehung (ANE), Dr. Heidemarie Arnhold, der Vorsitzenden des Türkischen Elternvereins, Tülay Usta, und dem Leiter der Arabischen Eltern Union, Mahmoud El-Husseini, die neuen Elternbriefe für die Grundschulzeit vor, die zum Schuljahresbeginn 2011/2012 erscheinen.

„Die neuen Schulbriefe informieren Eltern ausführlich, was sich in der Berliner Grundschule verändert hat und wie Eltern in der Schule mitwirken können. Eltern erfahren, was sie tun können, wenn es Schwierigkeiten oder Konflikte im Schulalltag gibt. Nicht zuletzt geben die Schulbriefe viele Tipps, wie Eltern die Mediennutzung ihrer Kinder begleiten können,“ so Bildungssenator Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner.

Die ANE-Schulbriefe gibt es seit 1969. Sie informieren Berliner Grundschulleitern regelmäßig zwei - bis dreimal im Schuljahr über das Berliner Schulsystem und die wichtigsten Themen der Kindesentwicklung. Sie geben Tipps, wie Eltern ihre Kinder in ihrer Entwicklung begleiten und unterstützen können. Der Arbeitskreis für Neue Erziehung wird von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit jährlich rund 400.000 € finanziell gefördert.

Die Schulbriefe sind für die Eltern kostenlos. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 449.300 Schulbriefe an 409 Berliner Grundschulen verteilt. Dieses Angebot ist in dieser Form bundesweit einmalig, da kein Bundesland eine vergleichbare fast flächendeckende Verteilung von kostenlosen, regelmäßigen Elterninformationen in der Grundschulzeit organisiert.

- Was ist neu -

Die neuen ANE-Schulbriefe erscheinen nicht nur mit einer Reihe neuer Kapitel und durch Eltern inspirierte Fragestellungen. Sie wurden textlich überarbeitet, so dass sie für viele Familien, auch für Eltern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, verständlich sind. Beispiele und Texte sollen zudem die Vielfalt unter den Schülerinnen und Schülern an Berliner Schulen stärker widerspiegeln.

Verschiedene, neue Lernformen müssen besser erklärt werden, da Eltern sich mit der Einschulung ihrer Kinder

mit neuen schulpädagogischen Begriffen konfrontiert sehen, die erst einmal gelernt werden müssen. So gehen die neuen Schulbriefe stärker auf das jahrgangsübergreifende Lernen (JÜL) und die flexible Schulanfangsphase an Berliner Schulen ein, mit Kapiteln wie „Sechsjährige lernen mit Achtjährigen in der flexiblen Schulanfangsphase“ oder „Große und Kleine lernen zusammen - auf eigenen Wegen“.

Die Medienerziehung von Kindern ist als Thema neu hinzugekommen. Eltern erfahren, wie viel Elektronik „erlaubt“ ist, wie sie ihre Kinder über Sicherheit am Computer belehren und diese auch selbst kontrollieren.

- Wie die ANE-Schulbriefe entstehen -

„Viele Berliner Eltern haben bei der Entwicklung der neuen ANE Schulbriefe aktiv mitgewirkt. Deswegen spiegeln sie den Berliner Schulalltag aus dem Blickwinkel von Eltern so gut wider. Sie beantworten Fragen, die Eltern einfach haben, wenn ihr Kind in die Schule geht. Entsprechend unserem Motto ‚mit Eltern für Eltern‘,“ so Heidemarie Arnhold vom Arbeitskreis für Neue Erziehung e. V. In Telefoninterviews wurden 130 Berliner Eltern aus allen Bezirken zu den Schulbriefen befragt.

Die Schulbrief-Redaktion des Arbeitskreises Neue Erziehung erhält zudem Anregungen von drei Beiräten - einem wissenschaftlichen, einem fachlichen und einem Praxisbeirat.

Der wissenschaftliche Beirat gibt grundsätzliche Empfehlungen zu Themen, Inhalten und Botschaften der Schulbriefe. Fünf Hochschuldozentinnen der Grundschulpädagogik und der Erziehungswissenschaften beraten den ANE in diesem Gremium: Prof. Renate Valtin von der Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Sabine Reh von der Technischen Universität Berlin, PD Dr. Barbara Drinck von der Universität Leipzig, Dr. Ursula Neumann von der Universität Hamburg und Prof. Dr. Nadia Kutscher von der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen. Mitarbeiterinnen der Berliner Senatsbildungsverwaltung, des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und der Schulpsychologie beteiligen sich an der Erstellung der Elternbriefe mit ihren Erfahrungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung in Berlin. Sie bilden den fachlichen Beirat. Im Praxisbeirat arbeiten stellvertretend für die Berliner Grundschulen Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und Eltern an der Neugestaltung und Neuanpassung der Berliner Elternbriefe.

- Statements der Podiumsteilnehmer -

Tülay Usta:

„Als Mutter von zwei Kindern, die das Berliner Schulsystem durchlaufen haben, habe ich die ANE- Schulbriefe kennen- und schätzen gelernt. Sie sind einfach zu lesen und zeigen, dass viele Fragen, die anfangs kompliziert scheinen, andere Eltern genauso erleben und die sich durch das Lesen der Schulbriefe oft be-

antworten lassen. Die ANE-Schulbriefe sind für Eltern einfach entlastend.“

Mahmoud El-Hussein:

„Viele Eltern arabischer Herkunft fragen uns oft, was nun eigentlich Elternmitwirkung sei. Das System der Elternmitwirkung gibt es so in den arabischen Ländern nicht. Deswegen haben arabisch-stämmige Eltern an den Schulbriefen mitgearbeitet, damit die Begriffe zum Berliner Schulsystem verständlich werden. Wir arbeiten dann an den deutschen Schulbriefen, um die Kooperation zwischen Elternhaus und Schule zu verbessern.“

Internet: <http://www.ane.de/elternbriefe/schulbriefe.html>

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Pressemitteilung vom 22.08.2011, 12:05 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Wowereit

**eröffnet Veranstaltungsreihe im Roten Rathaus:
 „PARTNERZY.
 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warszawa“**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

In diesem Jahr begehen Berlin und Warschau das 20-jährige Jubiläum ihrer Partnerschaft. Aus diesem Anlass eröffnet Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit am Mittwoch, 24. August 2011, um 19.00 Uhr mit einem Festakt die Veranstaltungsreihe „Partnerzy. 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warszawa“ im Roten Rathaus (Wort-Bild-Termin). Nach seiner Festrede zeichnet der Regierende Bürgermeister gemeinsam mit Jacek Wojciechowicz, dem Stellvertretenden Stadtpräsidenten von Warschau, die jungen Berliner und Warschauer Gewinner des Berlin-Warschau-Quiz „Was weiß ich über die Partnerstadt“ aus. Vor dem Konzert des renommierten Warschauer Klavierduos „Lutosławski Piano Duo“ – dem Höhepunkt des Abends – spricht Wojciechowicz ein Grußwort zur Partnerstadt.

Wowereit: „Ich freue mich, dass die Veranstaltungsreihe „Partnerzy. 20 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warszawa“ den Schwerpunkt auf die junge Generation der Berliner und Warschauer legt. Sie wird unserer Städtepartnerschaft Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft geben und kann auf die Erfolgsgeschichte der vergangenen 20 Jahre aufbauen. Die Zusammenarbeit von privaten Initiativen, Schulen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen sowie von Verwaltungen hat in den letzten zwei Jahrzehnten bei vielen Polen und Deutschen nicht nur gegenseitiges Vertrauen gestiftet, sondern auch die Hoffnung auf eine gute gemeinsame Zukunft im vereinten Europa.“

Auf Einladung des Regierenden Bürgermeisters besucht die Warschauer Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Stadtpräsidenten Wojciechowicz vom 22. bis 25. August 2011 die deutsche Hauptstadt. Auf dem Programm stehen u. a. am Dienstag, 23. August 2011, um 10.30 Uhr die Fotoausstellung „Standortwechsel. Polen in Berlin – Deutsche in Warschau“ im Hauptbahnhof Berlin/Südflügel, die gemeinsam von Wojciechowicz und Staatssekretär Dr. Richard Meng, Senatssprecher, eröffnet wird (Wort-Bild-Termin). Am Nachmittag zeichnen die kommissarische Chefin der Senatskanzlei, Staatssekretärin Monika Helbig, und der Stellvertretende Stadtpräsident von Warschau die Preisträger des Kochwettbewerbs der Auszubildenden aus Berlin, Warschau und Averbodes/Frankreich im Ausbildungshotel des Internationalen Bundes aus.

Am Mittwochvormittag besichtigt die Delegation das Projekt „Tradition for fashion“ der ESMOD Internationalen Modeschule. Am Nachmittag eröffnen Wojciechowicz und Prof. Dr. Jörg Haspel, Berliner Landeskonservator, die Ausstellung „MDM – KMA. Das architektonische Erbe des Sozialismus in Warschau und Berlin - Marszalkowska Dzielnicza Mieszkaniowa - Karl-Marx-Allee“ im Deutschen Historischen Museum. Am Abend besichtigen die Gäste die Ausstellung „Polen aus freier Wahl“ im Roten Rathaus, in der der besondere Beitrag deutscher Migranten in Warschau gezeigt wird. Die Ausstellung kann bis zum 2. September 2011 bei freiem Eintritt besichtigt werden.

Die Feierlichkeiten „20 Jahre Städtepartnerschaft“ werden im November in Warschau mit einem Berlin-Programm fortgesetzt.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.berlin.de/rbmskzl/staedteverbindungen/aktuelles.de.html>.

Näheres entnehmen Sie bitte dem Jubiläumsflyer.

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 25.08.2011, 08:05 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**LANGE NACHT DER MUSEEN
 AUCH IM BERLINER RATHAUS**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Auch das Berliner Rathaus beteiligt sich an der Langen Nacht der Museen am Sonnabend, 27. August 2011. Das Rathaus ist von 18.00 Uhr bis um 2.00 Uhr des Folgetages geöffnet. Zu besichtigen sind das Amtszimmer des Regierenden Bürgermeisters, der Senats-sitzungssaal, der Wappensaal mit der Ausstellung „Mosaikkunst aus Antakya“, der Festsaal und der Säulensaal mit der Ausstellung „Berlin in Gips 1790-1850“. Der Eintritt ist frei. Zuvor eröffnet Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit die „Lange Nacht“ um 17.50

Uhr vor der Eingangshalle des Kulturforums (Gemäldegalerie), Matthäikirchplatz 1, 10785 Berlin.

Thematischer Schwerpunkt im Berliner Rathaus wird in diesem Jahr das 50-jährige Jubiläum des Anwerbeabkommens der Bundesrepublik Deutschland mit der Türkei sein. Ein dem entsprechendes künstlerisches und kulinarisches Rahmenprogramm für die Besucherinnen und Besucher des Rathauses wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten Günter Piening erarbeitet. Verschiedene Ensembles des seit nunmehr 14 Jahren bestehenden Konservatoriums für türkische Musik Berlin bringen im Festtrakt türkische Volks-, Pop- und auch klassische Musik zu Gehör, ergänzt durch die Gruppe „The New Implements of Soul“ mit Afrobeat und Funk.

Im Wappensaal wird die Ausstellung „Mosaikkunst wie im antiken Antiochien“ gezeigt. Zu sehen sind 40 nach antiken Vorlagen gestaltete Mosaiken, die auf Initiative der Handwerkskammer Antakya im Rahmen eines EU-Frauenprojekts in derselben Region angefertigt wurden, der auch die weltberühmten Originale entstammen – der antiken Stadt Antiochia, dem heutigen türkischen Antakya. Antiochien (oder Antiochia) ist eine der wichtigsten Städte im Christentum; hier tauchte um das Jahr 40 n. Chr. erstmals die Bezeichnung „Christen“ für die Jünger Jesu auf. Jährlich pilgern Tausende Christen zur St.-Petrus-Grotte ins heutige Antakya, die der Apostel Petrus persönlich eingeweiht haben soll und die als älteste Kirche des Christentums gilt. Die heutige Provinz Hatay mit ihrer Hauptstadt Antakya ist eine Region der historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt und der friedlichen Koexistenz von Muslimen, Christen und Juden, von Türken und Arabern.

Im Festsaal schließlich bietet das Bildungswerk in Kreuzberg (BWK) den Gästen des Rathauses türkische Spezialitäten zu kleinen Preisen an.

Internet: <http://www.lange-nacht-der-museen.de/>

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 29.08.2011, 12:45 Uhr
Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Wowereit:

GLÜCKWÜNSCHE ZUM MUSLIMISCHEN ZUCKERFEST

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, beglückwünscht die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zum Zuckerfest, das zum Ende des Fastenmonats Ramadan vom 30. August bis 1. September 2011 begangen wird:

„Zum diesjährigen Zuckerfest sende ich meine herzlichen Grüße und Glückwünsche an alle Menschen muslimischen Glaubens in Berlin.

Das Zuckerfest ist ein Anlass zu fröhlichem Feiern mit der Familie und Freunden. Mit dem festlichen Ende des Fastens - der Reinigung - wird auch ein neuer Anfang gesetzt. Gegnerschaften sollen begraben, Freundschaften bekräftigt, Streit und Unfrieden sollen vermieden werden.

Die Botschaft des Friedens, der Offenheit und der Toleranz der Menschen untereinander wird von den Menschen aller Konfessionen in Berlin verstanden.

Ich hoffe und wünsche, dass die Mahnung zur Versöhnung von allen Menschen beherzigt wird.
In diesem Sinne: meine besten Wünsche zum Fest.“

Rückfragen: Chef vom Dienst, Telefon: 9026-2411

Pressemitteilung vom 31.08.2011, 13:50 Uhr
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Einschulungsuntersuchungen: POSITIVE SPRACHENTWICKLUNG BEI KITA-KINDERN

Bildungs- und Familiensenator Jürgen Zöllner sieht sich durch die positiven Ergebnisse bei den heute von der Gesundheitsverwaltung veröffentlichten Ergebnissen der Einschulungsuntersuchungen in seiner Kita-Politik bestätigt. Die Untersuchungen hatten ergeben, dass längerer Kita-Besuch in Berlin zu signifikant besseren Sprachkenntnissen führt, auch und gerade bei Kindern nichtdeutscher Herkunft.

Von 2006 bis 2011 hat Berlin den finanziellen Aufwand für die Kitas von 733 auf 978 Mio. Euro erhöht und die Zahl der Kita-Plätze wurde von 107.000 auf 123.000 im Jahr 2010 erhöht. Die drei letzten Kita-Jahre sind seit dieser Legislaturperiode beitragsfrei, so dass der Besuch einer Kita nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. „Die hohen Investitionen in die frühkindliche Bildung haben sich gelohnt – und sie sind Ansporn für

den weiteren Ausbau des Kita-Angebots in Berlin. Die Kita-Bilanz kann sich sehen lassen“, erklärt Zöllner.

Die Gesundheitsverwaltung hatte darauf hingewiesen, dass zunehmend auch Kinder aus Familien türkischer, arabischer und osteuropäischer Herkunft vor der Einschulung länger als zwei Jahre eine Kita besuchen. Der Anteil der Kinder mit mehr als zwei Jahren Kita-Besuch liegt 2010 bei 88 Prozent.

Verfügte 2005 nur gut die Hälfte der Kinder nichtdeutscher Herkunft über gute oder sehr gute Deutschkenntnisse (55 Prozent), waren es nach den Resultaten der Einschulungsuntersuchungen 2010 mehr als zwei Drittel (68 Prozent). Dagegen hat sich der Anteil der Kinder mit nicht oder kaum vorhandenen Deutschkenntnissen mehr als halbiert (2005: 16 Prozent, 2010: 7 Prozent). Besonders deutlich fällt diese Verbesserung in den Bezirken Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte aus.

Rückfragen: Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Ausgaben zur besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin im laufenden Doppelhaushalt
Abgeordneter: Gregor Hoffmann (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15382.pdf>

Titel: Flüchtlingswelle aus arabischen Staaten - Ist Berlin vorbereitet?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15445.pdf>

Titel: Schulbesuch von Ausländern in Berlin gem. § 16 Aufenthaltsgesetz

Abgeordneter: Kurt Wansner (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15421.pdf>

Titel: Bandenkriege auf dem Schulhof

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15483.pdf>

Titel: Europa in Berlin (IV): Italien in Berlin

Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15434.pdf>

Titel: Europa in Berlin (V): Frankreich in Berlin

Abgeordneter: Mirco Dragowski (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15435.pdf>

Titel: Wie viele Koranschulen hat Berlin? - Hat der Senat noch den Überblick?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15472.pdf>

Titel: Aktivitäten der Rockerbande „Mongols MC Berlin“

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15469.pdf>

Titel: Warum wird der Migrationshintergrund der mutmaßlichen Täter in Pressemitteilungen der Berliner Polizei so oft nicht mitgeteilt?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15470.pdf>

Titel: Homosexuelle schützen - Wie oft wurden Homosexuelle Opfer von türkischen oder arabischen Tätern?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15473.pdf>

Titel: Verhindert das Kopftuch die Vollstreckung von Bußgeldern?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15471.pdf>

Titel: Wie sehr haben sich Berlins Schulen schon dem Islam angenähert?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15476.pdf>

Titel: Wie oft greifen Türken und Araber Berliner Polizisten an?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15477.pdf>

Titel: Wo sind Berlins Migrantenklassen?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15485.pdf>

Titel: Drogendealer - Die Täter werden immer jünger

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15479.pdf>

Titel: Anpassung an den Islam im Berliner Strafvollzug

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15486.pdf>

Titel: Entwicklung und Prävention häuslicher Gewalt

Abgeordneter: Liane Ollech (SPD)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15491.pdf>

Titel: Wie oft werden Berliner Kinder Opfer von Deutschenfeindlichkeit?

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15474.pdf>

Titel: Arabische Paralleljustiz in Berlin

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15475.pdf>

Titel: Wächst der illegale Zigarettenhandel in Berlin?

Abgeordneter: Björn Matthias Jotzo (FDP)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15526.pdf>

Titel: Immer mehr Rumänen und Bulgaren kommen nach Berlin

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15484.pdf>

Titel: PKS 2010: Migrantengewalt

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15446.pdf>

Titel: Geschehnisse vor, während und nach der Neonazi-Demonstration am 14. Mai 2011

Abgeordneter: Marion Seelig (Die Linke)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15458.pdf>

Titel: Ermittlungen gegen Angehörige des Diplomatischen Dienstes in Berlin

Abgeordneter: Peter Trapp (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15504.pdf>

Titel: Islamismus - kein Fall mehr für den Verfassungsschutz?

Abgeordneter: Sven Rissmann (CDU)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15453.pdf>

Titel: 10 Jahre Lebenspartnerschaftsgesetz - eine Bilanz für Berlin

Abgeordneter: Klaus Lederer (Die Linke)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15578.pdf>

Titel: Berlins Geburtenrate in sozial schwachen Schichten

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15487.pdf>

Titel: Gescheiterte Integration der Integrationsbeauftragten

Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15577.pdf>

Titel: Entwicklungen der standesamtlichen Hochzeiten

Abgeordneter: René Stadtkewitz (fraktionslos)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15624.pdf>

Titel: Rechte Kulturveranstaltung in Berliner Jugendeinrichtungen?

Abgeordneter: Clara Herrmann (Bündnis 90 / Die Grünen)

Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15460.pdf>

Titel: Deutsche Babys ohne Adler auf dem Pass
 Abgeordneter: Canan Bayram (Bündnis 90 / Die Grünen)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15599.pdf>

Titel: Schornsteinfegerinnung mit unfairen Mitteln gegen den freien Wettbewerb?
 Abgeordneter: Sebastian Czaja (FDP)
 Link: <http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/16/KIAnfr/ka16-15598.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:
**BERLINER EUROPAPORTAL
 UND EUROPA-NEWSLETTER**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/index.html>

Regelmäßig aktuelle Informationen zu EU-Förderprogrammen, Aus- wie Weiterbildung und vieles mehr bietet der regelmäßig am Anfang eines jeden Monats erscheinende Newsletter „Europa in Berlin - Berlin in Europa“ unter der Adresse

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter.html>.

Diese Veröffentlichung bietet zielgruppenspezifische EU-Informationen für die Berliner Senatsverwaltungen und Bezirke. Ein Abonnement ist ebenfalls möglich.

Informationen zu aktuellen Ausschreibungen gibt die Berliner Datenbank EU-Pro²fil unter

<http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/index.html>

STEIGENDE ASYLBEWERBERZAHLEN AUCH IM ERSTEN HALBJAHR 2011

Im ersten Halbjahr 2011 wurden in Deutschland 20.609 Asylerstanträge gestellt. Damit kamen im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres 5.030 Asylerstantragsteller (+ 32,3 Prozent) mehr nach Deutschland.

Weiterhin steigende Tendenz hatten die afghanischen Asylanträge, sodass Afghanistan nunmehr stärkstes Herkunftsland ist. Wurden im 1. Halbjahr 2010 bereits 2.504 Erstanträge von afghanischen Staatsangehörigen gestellt, so waren es im 2. Halbjahr 2010 bereits 3.401 und im 1. Halbjahr 2011 3.883 Anträge.

3.522 Personen wurde im ersten Halbjahr 2011 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention zuerkannt. Dies entspricht einem Anteil von 15,2 Prozent aller Asylentscheidungen des

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in diesem Zeitraum. Zudem erhielten weitere 1.403 Antragsteller (6,1 Prozent) sog. subsidiären Schutz, weil z.B. im Herkunftsland die Todesstrafe oder die Folter konkret drohten.

Weiter mit den Hauptherkunftsländern und den Zahlen im Einzelnen unter:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2011/07/asylzahlen_halfjahr.html?nn=109632

[PM BMI v. 12.07.2011]

3.439 ASYLANTRÄGE IM JULI 2011

Im Juli 2011 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 3.439 Asylbeantragungen gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 265 Personen (8,4 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 stieg die Zahl der Asylbewerber um 171 Personen (5,2 Prozent).

679 Personen erhielten im Juli 2011 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (20,3 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 169 Personen (5,0 Prozent) sogenannten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes).

Weiter mit den Hauptherkunftsländern und den Zahlen im Einzelnen unter:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungn/DE/2011/08/asylzahlen_juli.html?nn=109632

[PM BMI v. 16.08.2011]

NEUES AUS DEN EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

Teil 2: „Das ‚Migrationspaket‘¹ vom 24.05.11“

Von Dr. Ramin Moschtaghi

I. Mitteilung der Kommission „Ein Dialog über Migration, Mobilität und Sicherheit mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums“²

Die Kommission geht in ihrer Mitteilung davon aus, dass eine Reduzierung des Migrationsdrucks aus dem südlichen Mittelmeerraum auf die EU nur durch die Verfolgung eines umfassenden Ansatzes möglich erscheint, der auch die Lebenssituation der Menschen in ihren Heimatstaaten verbessert.

Als Bestandteil des Angebot der EU an die Staaten des südlichen Mittelmeerraums für eine Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand und innerhalb des Rahmens einer verstärkten Nachbarschaftspolitik schlägt die Kommission vor, die gegenwärtigen Herausforderungen im Bereich Migration und Mobilität durch einen **Dialog über Migration, Mobilität und Sicherheit** mit den südlichen Nachbarstaaten in Angriff zu nehmen. Dieser Dialog soll sich an den Zielen des Gesamtansatzes der EU im Bereich Migration ausrichten.

Nach einem kurzen Überblick über die bereits ergriffenen Sofortmaßnahmen unterscheidet die Kommission im Folgenden zwischen ihrem Plan hinsichtlich kurz- und mittelfristiger Maßnahmen und den langfristigen Planungen zur Bewältigung der gegenwärtigen Situation in den südlichen Mitgliedstaaten und in Nordafrika.

Zunächst erläutert sie ihren Plan bezüglich kurz- und mittelfristiger Maßnahmen. Diesbezüglich enthält die Mitteilung wenig neue Informationen, sondern fasst eher noch einmal die auf der Ebene der EU bereits in Angriff genommenen Maßnahmen zusammen und mahnt erneut eine **Stärkung der Kompetenzen von Frontex** an. Zu erwähnen ist allerdings, dass ein gemeinsames Projekt der EU mit Tunesien gestartet werden soll, welches dazu dienen soll, die Kapazitäten der tunesischen Stellen zu stärken, um diese in die Lage zu versetzen, ihre Grenzen besser zu kontrollieren, Schleusung zu bekämpfen, die Re-Integration von Heimkehrern zu ermöglichen und Unterstützung beim Zugang zu legaler Migration zu leisten. Auch sollen die tunesischen Behörden in die Lage versetzt werden, Flüchtlingen und Migranten, welche aus anderen Staaten kommend ihr Territorium betreten, entsprechend den völkerrechtlichen Vorgaben zu be-

¹ Hierbei handelt es sich um den Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 539/2001 (Visa), den zweiten Jahresbericht zum Pakt für Asyl und Migration (Migration und Asyl in der EU 2011), inkl. eines Arbeitspapiers der Kommission, die Mitteilung der Kommission über eine EU Agenda für Integration, inkl. eines Arbeitspapiers der Kommission sowie die Mitteilung der Kommission „Ein Dialog über Migration, Mobilität und Sicherheit mit dem südlichen Mittelmeer.“

² Mitteilung vom 24.05.2011, KOM (2011) 292/2.

handeln und diesen bei Bedarf Zugang zu Asyl zu gewähren. Schließlich wird erneut auf die Einrichtung eines regionalen Schutzprogramms verwiesen, welches Ägypten, Libyen und Tunesien umfassen soll. Dieses soll der Unterstützung von Flüchtlingen in diesen Ländern und dem Aufbau lokaler Verwaltungsstrukturen dienen, um letztere in die Lage zu versetzen, Flüchtlinge internationalen Normen entsprechend zu behandeln. Ein Bestandteil dieses Programms ist auch die Neuansiedlung von Flüchtlingen, die weiter ausgebaut werden soll. In diesem Zusammenhang mahnt die Kommission erneut eine möglichst schnelle Einigung über das Neuansiedlungsprogramm der EU an.

Die Kommission möchte sich außerdem verstärkt der Frage widmen, wie den unmittelbaren Auswirkungen der Flüchtlingssituation auf die örtliche Wirtschaft- und Sozialstruktur in besonders betroffenen Mitgliedstaaten besser begegnet werden kann. Hier möchte die Kommission untersuchen, inwiefern finanzielle Mittel aus den Strukturfonds der EU einen Beitrag zur Bewältigung dieser Folgen leisten können. Die Kommission mahnt aber auch die Unterstützung der besonders betroffenen Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Situation selbst an. Hier wird an die Solidarität unter den Mitgliedstaaten appelliert, die sich durch die Abordnung von nationalen Experten für EASO Einsätze in den betroffenen Mitgliedstaaten manifestieren sollte und durch die Bereitschaft, im Rahmen einer EU-internen personalen Lastenteilung Flüchtlinge aus anderen Mitgliedstaaten bei sich aufzunehmen. Hierfür stellt die Kommission Mittel aus dem europäischen Flüchtlingsfond in Aussicht.

Anschließend stellt die Kommission einen Plan für **langfristige Maßnahmen** vor. Wie bereits in der Mitteilung der Kommission und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 08.03.11 vorgeschlagen, soll hierzu eine langfristige Partnerschaft mit den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers zu Migration, Mobilität und Sicherheit etabliert werden. Hierbei handelt es sich zwar insofern um den einzigen wirklich neuen Teil der Mitteilung, als der Inhalt dieser Partnerschaften im Folgenden näher beschrieben wird, allerdings bleiben auch diese Ausführungen noch recht abstrakt. In jedem Fall sollen im Rahmen der oben genannten Partnerschaften sog. „Mobilitätspartnerschaften“ geschlossen werden. Diese bestehen aus einer gemeinsamen politischen Erklärung der EU und der Mitgliedstaaten auf der einen und einem Drittstaat auf der anderen Seite. Inhalt dieser Erklärung sind eine Reihe von Initiativen, welche sich die zwei Parteien gegenseitig zusichern. Diese Initiativen sollen eine bessere Steuerung der Migration und Mobilität ermöglichen. Sie sollen sich nicht nur auf eigene Staatsangehörige der Partnerstaaten beziehen, sondern auch Pflichten im Hinblick auf Staatsangehörigen anderer Staaten beinhalten, welche

das Territorium der Partnerstaaten auf ihrem Weg in die EU durchqueren.

Entscheidend für die Kommission ist dabei, dass die Partnerschaften auf jeden Partnerstaat individuell zugeschnitten werden und garantieren, dass eine schrittweise Erleichterung des Personenverkehrs Hand in Hand mit der Umsetzung von Maßnahmen erfolgt, die diesen Personenverkehr sicherer machen. Auch soll ein nach jedem Staat der Region differenzierter Ansatz gewählt werden, d.h. die Eröffnung des Dialogs und seine Entwicklung werden auf den Leistungen des jeweiligen Partners beruhen und berücksichtigen, inwieweit Fortschritte erreicht wurden, die auch in der nationalen Praxis reflektiert werden. Der Dialog wird mit jedem Staat einzeln geführt werden. Die Ergebnisse des Dialogs sollen davon abhängen, welche Anstrengungen und Fortschritte der betroffene Staat in allen drei Bereichen Migration, Mobilität und Sicherheit erreicht hat, und auch berücksichtigen, welche Fortschritte im *Governance* Bereich erzielt wurden. Schließlich soll ein effizientes Monitoring vorgesehen werden, um die konkrete Umsetzung der Vereinbarungen zu begleiten. In diesen Mechanismus sollen Experten der EU und der Mitgliedstaaten eingebunden werden.

Die Mobilitätspartnerschaften sollen dazu dienen, legale Migration besser zu organisieren, die positiven Auswirkungen von Migration auf die Entwicklung der Partnerstaaten zu maximieren, illegale Migration effektiver zu bekämpfen und den Schutz der Rechte von Migrantinnen, auch beim Transit durch die Partnerstaaten, zu verbessern. Vorgesehen ist außerdem ein Paket zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten in den Partnerstaaten, wobei der Katalog möglicher Themenfelder von einer internationalen Standards entsprechenden Asylgesetzgebung bis hin zu einer Verbesserung der Sicherheit von Personenstandsdokumenten reicht.

Als mögliche Anreize für die Partnerstaaten weist die Kommission auf die Möglichkeit von Visaerleichterungen für deren Staatsangehörige. Daneben könnten die Partnerschaften nach Ansicht der Kommission, bedingt von den Bedürfnissen der Mitgliedstaaten und ihren Arbeitsmärkten, aber auch Mechanismen zur Erleichterung von Arbeitsmigration zwischen interessierten Mitgliedstaaten und Partnerstaaten vorsehen. Die Kommission betont hierbei, dass es weiterhin den Mitgliedstaaten überlassen bleiben soll, in einem solchen Rahmen festzulegen, wie viele Arbeitsmigrantinnen sie jeweils zulassen möchten. Derartige Vergünstigungen sollen allerdings davon abhängig gemacht werden, dass die Partnerländer zunächst bestimmte Bedingungen erfüllen, um zur Sicherheit von zirkulären Migrationsbewegungen beizutragen. Genannt werden hier Maßnahmen, wie etwa der Abschluss von Rückübernahmeabkommen, Arbeitsabkommen mit Frontex, ein erfolgreicher Aufbau von Kapazitäten zum Vorgehen gegen organisierte Kriminalität und insbesondere des Menschenhandels und vieles mehr.

Die Kommission schlägt zunächst den Abschluss derartiger Partnerschaften mit Tunesien, Marokko und Ägypten vor. Hierzu soll unter umfassender Beteiligung der Mitgliedstaaten in Kürze ein Dialog zwischen hochrangigen Vertretern der EU und der Partnerstaaten aufgenommen werden.

II. Vorschlag zur Änderung der EU-Verordnung 539/2001 (Visa)

Die vorgeschlagene Änderung³ soll in Reaktion auf die Erfahrungen mit dem Anstieg unberechtigter Asylanträge serbischer Staatsangehöriger nach dem Wegfall der Visumpflicht für diese Personengruppe, wie von einigen Mitgliedstaaten gefordert, insbesondere eine sog. „Visumschutzklausel“ einführen. Diese soll eine schnelle vorübergehende Aufhebung der Befreiung eines in der Positivliste geführten Drittlandes von der Visumpflicht in Notlagen ermöglichen, in denen eine dringliche Reaktion erforderlich ist, um Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten mit der Visaliberalisierung zu beheben.

Dabei muss eine Situation für einen oder mehrere Mitgliedstaaten mindestens eines der folgenden Merkmale aufweisen, um als Notlage im Sinne der vorgeschlagenen Änderung zu gelten:

1. Alt.: Es muss entweder innerhalb eines Sechsmonatszeitraums ein plötzlicher Anstieg der Zahl der Staatsangehörigen eines Drittlandes zu beobachten sein, die sich illegal im Hoheitsgebiet des/der betreffenden Mitgliedstaaten aufhalten und dieser Anstieg muss mindestens 50 % im Vergleich zum vorangehenden Sechsmonatszeitraum betragen.
2. Alt.: Es muss innerhalb eines Sechsmonatszeitraums ein plötzlicher Anstieg der Zahl der Asylanträge von Staatsangehörigen eines Drittlandes erfolgen, für die die Anerkennungsrate bei Asylanträgen im vorangehenden Sechsmonatszeitraum weniger als 3 % betrug. Der Anstieg muss außerdem mindestens 50 % im Vergleich zu dem vorangegangenen Sechsmonatszeitraum betragen.
3. Alt.: Es muss innerhalb eines Sechsmonatszeitraums zu einem plötzlichen Anstieg der Zahl der abgelehnten Rückübernahmeersuche kommen, die von einem Mitgliedstaat einem Drittland in Bezug auf dessen eigene Staatsangehörige vorgelegt wurden. Auch muss dieser Anstieg mindestens 50 % im Vergleich zum vorangehenden Sechsmonatszeitraum betragen.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann der betreffende Mitgliedstaat dies der Kommission mitteilen. Die Mitteilung soll dabei eine Begründung enthalten müssen und sowohl einschlägige Daten und Statistiken sowie eine ausführliche Darlegung der vorläufigen Maßnahmen, die der betroffene Mitgliedstaat ergriffen hat, um

Abhilfe zu schaffen, enthalten. Um in den genannten Situationen schnell reagieren zu können, soll ein anschließend möglicher Beschluss über die vorübergehende Aufhebung der Befreiung von der Visumpflicht im Komitologieverfahren, mit dem der Kommission gemäß Artikel 291 AEUV Durchführungsbefugnisse übertragen werden, gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 angenommen werden.

Neben der „Visumschutzklausel“ beinhaltet der Änderungsvorschlag aber auch noch eine Reihe weiterer Regelungen.

Hierzu gehört eine Änderung der Verfahrensvorschriften über den Gegenseitigkeitsmechanismus, damit diese vollständig den jeweiligen Bestimmungen des AEUV entsprechen.

Ferner erfolgen verschiedene Begriffsbestimmungen, um eine Vereinbarkeit der VO mit dem sog. Visakodex⁴ sicherzustellen. Vorgesehen sind etwa Definitionen von Kurzaufenthalten und Visa.

Mit dem vorliegenden Vorschlag soll außerdem eine Bestimmung über Flüchtlinge und Staatenlose mit Aufenthalt im Vereinigten Königreich oder in Irland in die VO aufgenommen werden. Diese soll es den Mitgliedstaaten freistellen, diese Personengruppe nach eigenem Ermessen von der Visumpflicht zu befreien oder ihr eine Visumpflicht aufzuerlegen.

Es soll auch eine Regelung zur Visumpflicht/-befreiung für Inhaber von Passierscheinen oder verschiedenen Reisepässen geschaffen werden, die von bestimmten, nicht als zwischenstaatliche internationale Organisationen geltenden Völkerrechtssubjekten ausgestellt wurden.

Ferner soll der Artikel 4 der VO dahingehend geändert werden, dass neue einheitlichere Vorschriften zur Visumpflicht oder -befreiung für verschiedene Kategorien von Drittstaatsangehörigen eingeführt werden. Für diese Kategorien von Drittstaatsangehörigen soll eine Befreiung von der Visumpflicht damit nicht länger bei den Mitgliedstaaten liegen.

Schließlich sollen neue Bestimmungen vorgesehen werden, die es den betreffenden Mitgliedstaaten erlauben, im Hinblick auf ihre Verpflichtungen, die sich aus früheren EU- oder internationalen Abkommen ergeben, erforderliche Abweichungen von den gemeinsamen Visavorschriften vorzusehen. Damit reagiert die Kommission auf Urteile des EuGH wie in der Rechtsache C-228/06 Mehmet Soysal und Ibrahim Savatli, in dem im Hinblick auf sog. Stillhaltekláuseln in Assoziationsvereinbarungen Verschärfungen der Visumpflicht nach Abschluss dieser Vereinbarungen moniert wurden.

³ KOM (2011), 290/3.

⁴ VO (EG) Nr. 810/2009 vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1.

III. Jahresbericht über Einwanderung und Asyl (2010)⁵

Der Jahresbericht über Einwanderung und Asyl (2010) liefert aktuelle Zahlen und einen umfassenden Überblick über die Hauptentwicklungen des vergangenen Jahres auf EU-Ebene, dabei wird teilweise auch auf Entwicklungen in den Mitgliedstaaten eingegangen. Der Bericht untergliedert sich in die Themen Arbeitsmigration, Asyl, Integration, Bekämpfung der illegalen und Erleichterung der legalen Einwanderung (inkl. Grenzkontrollen), unbegleitete Minderjährige und die externe Dimension der Migrationspolitik der Union im Rahmen des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage. Neben einem Überblick über aktuelle Entwicklungen werden auch Probleme innerhalb der einzelnen Themenfelder angesprochen und jeweils Empfehlungen zu deren Lösung gegeben.

Im Einzelnen:

Der Bericht betont die Bedeutung der **Arbeitsmigration** zur Bewältigung des Fachkräftemangels sowie der demographischen Entwicklung in der EU. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Einwanderer, sobald sie sich legal in der EU aufhalten, entsprechend ihrer Qualifikation und Berufserfahrung ohne Diskriminierung Zugang zu den Arbeitsmärkten erhalten und uneingeschränkt am sozioökonomischen, politischen und kulturellen Leben der Gesellschaft, in der sie leben, teilhaben können. Ferner wird für eine erleichterte EU-weite Anerkennung von in Drittländern erworbenen Fähigkeiten und Qualifikationen geworben. Denn geografisch flexiblere Arbeitsmärkte würden es den Migranten ermöglichen, leichter zu einem möglicherweise in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Arbeitgeber zu wechseln. Im Rahmen der EU-Strategie 2020 sollten die Mitgliedstaaten und die EU die Rolle, die die Einwanderung bei der Deckung des Arbeitskräftemangels spielen könne, nicht verkennen.

Es wird die vollständige Umsetzung der Blue-Card-RL bis Juni 2011 angemahnt und auf eine Einigung über den Entwurf der RL für eine kombinierte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis⁶ gedrängt. Auch sollten Fortschritte bei den Gesprächen über die Vorschläge zu der SaisonarbeitnehmernRL⁷ und der RL zur konzerninternen Entsendungen⁸ erreicht werden.

⁵ Bericht vom 24.05.2011, KOM (2011) 291.

⁶ Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über ein einheitliches Antragsverfahren für eine kombinierte Erlaubnis für Drittstaatsangehörige zum Aufenthalt und zur Arbeit im Gebiet eines Mitgliedstaates und über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten Dok. KOM(2007) 638.

⁷ Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks Ausübung einer saisonalen Beschäftigung (KOM(2010) 379).

⁸ Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung (KOM(2010) 378).

Schließlich müsse die Evaluierung der Umsetzung der geltenden Richtlinien (über langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige, Studenten und Forscher) fortgesetzt werden, um Umsetzungsprobleme zu erkennen, bestehende Vorschriften zu verbessern und festzustellen, ob Bedarf an einer Konsolidierung des Acquis bestehe. Die Berichte über diese Evaluierungen sind für September beziehungsweise Dezember (Forscher) 2011 angekündigt.

Bezüglich des Themenkomplexes **Asyl** geht die Kommission auf den bisherigen Gesetzgebungsprozess zum GEAS ein und mahnt, dass die Verhandlungen über sämtliche Legislativvorschläge im Bereich Asyl 2012 fristgerecht abgeschlossen werden müssten. Als Bestandteile eines GEAS sieht sie dabei eine bessere EU-Gesetzgebung, eine verstärkte, vom EASO koordinierte praktische Zusammenarbeit und ein konkretes facettenreiches Engagement für die Solidarität sowie die vermehrte Investition in die Zusammenarbeit mit Drittländern. Auch hier wird darauf hingewiesen, dass das EP und der Rat zu einer Einigung über das gemeinsame Neuansiedlungsprogramm der EU gelangen müssten. Als konkrete Beispiele des Zusammenspiels von Verantwortung und Solidarität, die für den Aufbau des GEAS erforderlich sind, werden das Neuansiedlungs-Pilotprojekt der EU mit Malta, die von Griechenland beschlossenen Legislativreformen und die laufende Unterstützung, die dem Land bei der Umsetzung des Aktionsplans zuteil wurde, bezeichnet.

Ein eigenes Kapitel wird diesmal auch für das Thema **Integration** vorgesehen. Auch hier sieht die Kommission weiteren Handlungsbedarf. Die EU müsse den Beitrag der Migranten zum Wirtschaftswachstum anerkennen und unterstützen sowie den sozialen Zusammenhalt absichern. Für die Kommission ist ein „Bottom-up Ansatz auf der Grundlage guter *Governance-Systeme* auf lokaler und regionaler Ebene“ die beste Methode, um dieses Ziel zu erreichen. Die Kommission möchte hierzu Anreize bieten und diese Maßnahmen unterstützen. In der Mitteilung zu einer „Europäischen Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ sowie dem zugehörigen Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen will die Kommission ihren Standpunkt zur Integration darlegen. Ihrer Ansicht nach sollte die EU eine proaktive Informations- und Kommunikationsstrategie auf EU-, nationaler und lokaler Ebene betreiben, damit Einwanderung positiver wahrgenommen wird.

Bei der **Bekämpfung der illegalen** und der **Erleichterung der legalen Einwanderung** mahnt die Kommission die Umsetzung der sog. „Rückführungsrichtlinie“⁹ und der Richtlinie über Sanktionen gegen Arbeitgeber¹⁰ an. In verstärkten Grenzkontrollen und der Zusammen-

⁹ Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger vom 16. Dezember 2008, Abl. L 348/98.

¹⁰ Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen vom 18. Juni 2009, ABI. L 168/24.

arbeit mit Drittländern, vor allem im Wege von Rücknahmeüberabkommen, sieht die Kommission wirksame Instrumente zur Bekämpfung illegaler Einwanderung. Dennoch könne die Wirksamkeit der Rückübernahmeabkommen, wie in der Mitteilung der Kommission über die Evaluierung der Rückübernahmeabkommen¹¹ dargelegt, auf EU-Ebene noch verbessert werden. Die Kommission sieht auch die Zunahme der von Frontex koordinierten gemeinsamen Rückführungsflüge als großen Erfolg und möchte die Stärkung von Frontex, die Entwicklung des Europäischen Grenzkontrollsystems (EUROSUR) und die laufenden Gespräche über Migration mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern als Teil der Umsetzung des Gesamtansatzes weiter forcieren. Die Mitgliedstaaten sollen außerdem prüfen, ob die Einführung eines Einreise-/Ausreisystems und eines Registrierungsprogramms für Reisende wünschenswert sind.

Die Kommission mahnt außerdem eine bessere Ausstattung der Schengengrenzübergangsstellen an und wirbt für die Annahme des von ihr vorgeschlagenen Mechanismus zur Evaluierung der Umsetzung des Schengen *Acquis*.

Vorsichtig drückt sich die Kommission im Hinblick auf die Durchführbarkeit eines europäischen Grenzschutzsystems aus. Hierzu meint sie nur, dass diese zu prüfen sei. Für 2012 kündigt die Kommission Vorschläge an, um die Kontrollen an den Außengrenzen durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen FRONTEX, EUROPOL und den nationalen Zoll- und Polizeibehörden besser zu koordinieren.

Schließlich betont die Kommission die Wichtigkeit von verstärkten Maßnahmen der Mitgliedstaaten gegen den Menschenhandel, um illegale Migration wirkungsvoller zu bekämpfen. Dazu gehöre auch die Unterstützung der Opfer im Rahmen der Richtlinie 2004/81/EG¹². Entscheidend sei, die Netze der Händler zu zerschlagen und zugleich den Opfern mehr Rechte einzuräumen.

Ein eigenes Kapitel des Berichts widmet sich auch dem Thema der **unbegleiteten Minderjährigen**. Hier werden die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen dargestellt und eine Fortsetzung der Umsetzung des Aktionsplans für unbegleitete Minderjährige durch die EU und die Mitgliedstaaten angemahnt.

Der letzte Teil Berichts geht auf die **externen Dimensionen der Migrationspolitik** der EU und den **Gesamtansatz zur Migration** ein. Hier betont die Kommission die Bedeutung von Mobilitätspartnerschaften, die bereits mit einigen Drittstaaten abgeschlossen wurden und deren Anzahl weiter erhöht werden soll.

Die Kommission ist der Ansicht, dass die externe Dimension der Migrationspolitik der Union im Einklang mit der Strategie Europa 2020 die Prioritäten des Arbeitsmarkts und die Rolle der Migration widerspiegeln müsse. Auch müsse der Gesamtansatz zur Migration in ei-

nen langfristigen, ausgewogenen und nachhaltigen politischen Rahmen umgewandelt werden, der die geografischen und thematischen Prioritäten der EU reflektiere. Die Mitgliedstaaten sowie die Organe und einschlägigen Agenturen der EU müssten darüber hinaus wirksamer zusammenarbeiten, um durch einen beständigen Mechanismus auf der Grundlage des Solidaritätsprinzips und in Partnerschaft mit den Drittländern plötzliche massive Migrationsströme vorzusehen und zu verhindern.

Der Rat der Justiz- und Innenminister hat auf seiner Tagung am 09./10.06.11 Schlussfolgerungen zu Grenzen, zur Migration und zu Asyl verabschiedet.

Polen hat angekündigt die Verhandlungen zum GEAS zu einem der Schwerpunkte seiner kommenden Ratspräsidentschaft im Bereich Inneres zu machen.

Dr. Ramin Moshtaghi ist Referent für Inneres und Sport im Brüsseler Büro des Landes Berlin bei der Europäischen Union.

Der erste Teil „Mitteilung zur Migration der Kommission vom 04.05.2011“ erschien in BERLIN INTERNATIONAL Nr. 81 (http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/top/bi_juli_august_2011.pdf)

EUROPÄISCHE AGENDA FÜR INTEGRATION

Gut integrierte Migranten sind wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung für EU

Die Kommission hat am 20. Juli 2011 die „Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ vorgelegt, die auf eine bessere Nutzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vorteile der Migration in Europa abzielt. Zentrales Thema dieser Agenda ist die volle Einbeziehung der Zuwanderer in alle Aspekte des Zusammenlebens, wobei die Rolle der örtlichen Behörden hervorgehoben wird.

Weitere Informationen in der Pressemitteilung unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/911&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

„Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ direkt unter:

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110720/1_DE_ACT_part1_v3.pdf

¹¹ KOM(2011)76.

¹² Richtlinie des Rates über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer des Menschenhandels sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren vom 29. April 2004, ABl. L 261/19.

BAMF:

AUSSCHREIBUNG

Öffentliche Bekanntmachung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zur Ausschreibung von Fördermitteln für gemeinwesenorientierte Projekte im Förderjahr 2012

Frist: **31.10.2011**

Im Jahr 2012 fördert das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) etwa 50 gemeinwesenorientierte Projekte in folgenden Handlungsfeldern:

- Stärkung des Selbstbewusstseins und der Selbstentwicklung von Menschen mit Migrationshintergrund
- Förderung des interreligiösen Dialogs
- Förderung des sozialen Zusammenhalts durch Etablierung einer Willkommenskultur
- Förderung des Beitrags von Migrantenorganisationen zur Stärkung der Integration und des sozialen Zusammenhalts vor Ort
- Interkulturelle Öffnung

Außerdem besteht die Möglichkeit, Fördermittel für ein- bis dreitägige Multiplikatorenschulungen zur Professionalisierung von im Bereich der Integration tätigen Organisationen bis zu einer Förderhöhe von ca. 5.000 € zu beantragen.

Die Antragsteller werden aufgefordert, ihren Antrag unter der Verwendung des EASY-AZA-Antragsformulars (http://www.kp.dlr.de/profi/easy/download_easy-aza.html) bis einschließlich **31.10.2011 (Ausschlussfrist!)** an das BAMF zu richten.

Später eingehende Anträge können bei der Auswahl nicht berücksichtigt werden. Für technische Fragen zum EASY-AZA-Verfahren steht Ihnen Herr Rohner unter der Telefonnummer (0911) 943-6515 zur Verfügung.

Weitere Details und Hinweise zum Verfahren finden Sie in der Öffentlichen Bekanntmachung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zur Ausschreibung von Fördermitteln für gemeinwesenorientierte Projekte 2012 unter:

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationsprojekte/oeffentliche-bekanntmachung-foerderjahr2012-pdf.html;jsessionid=C527B2595DF3CE78D8D422643341FC6C.2_cid111?nn=1367646

[Datum 18.07.2011]

AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN

EU-Programm „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme“: Europäischer Fonds für Integration – EIF

Frist: **11.10.2011**

Antragsunterlagen und weitere Informationen in englischer Sprache unter:

http://ec.europa.eu/home-affairs/funding/integration/funding_integration_2011_01_en.htm

Programminfo des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unter:

<http://www.rgre.de/programminfos.html>

(direkt:

http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/programminfos/2011_eif.pdf)

Programm für lebenslanges Lernen (LLP) Förderung der Eingliederung von Roma in das und durch das Bildungssystem

Frist: **16.09.2011**

Ausschreibungstext unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:193:0018:0019:de:PDF>

Weitere Informationen in englischer Sprache:

http://eacea.ec.europa.eu/llp/funding/2011/call_roma_2011_en.php

SVR-Fallstudie:

UMGANG VON AUSLÄNDERBEHÖRDEN MIT HOCH QUALIFIZIERTEN ZUWANDERERN Berlin, Hamburg und Frankfurt/Main

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat eine Fallstudie zu Angeboten von Ausländerbehörden für hoch qualifizierte Zuwanderer vorgelegt: In den drei untersuchten Städten Berlin, Hamburg und Frankfurt/Main ist ein Wandel zu mehr Serviceorientierung spürbar. Der SVR gibt fünf Handlungsempfehlungen für weitere, flächendeckende Verbesserungen.

Zur Pressemitteilung:

http://www.svr-migration.de/?page_id=2956

Die Untersuchung: „Die Visitenkarte einer Stadt? Ausländerbehörden und ihr Angebot für hoch qualifizierte Migranten“ finden Sie unter:

http://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2011/08/svr-info-auslanderbehorden_08_2011.pdf

Initiativen

LOK e.V.

GESCHÄFTSIDEENWETTBEWERB STARTET Gesundheit und Wellness in Kreuzberg

LOK startet am 01.09.2011 den Geschäftsideenwettbewerb 'Gesundheit und Wellness in Kreuzberg' im Rahmen des BIWAQ-Projekts 'kreuzberg handelt-wirtschaften im quartier'.

Das Projekt richtet sich an Gewerbetreibende und Anwohner in Kreuzberg, insbesondere der Quartiere Wassertorplatz, Mehringplatz und Zentrum Kreuzberg, die ihr Lebens und Arbeitsumfeld verbessern wollen.

Mit dem Geschäftsideenwettbewerb erhalten interessierte KreuzbergerInnen Möglichkeiten, sich in den Zukunftsbranchen Gesundheit und Wellness einen Arbeitsplatz zu schaffen, Ideen für eine mögliche Selbstständigkeit zu entwickeln, sich zu qualifizieren, zu informieren und zu vernetzen.

Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft von Bezirksstadtrat Knut Mildner-Spindler und Sabine Ratka-Schützeichel, Managerin des Holmes Place Health Club Ostkreuz.

Der Auftakt am 01.09.2011 ab 18:30 Uhr in der Markthalle Pücklerstraße wird einen Überblick über Bedarfe und Möglichkeiten im Bezirk eröffnen. Auf dem Podium werden erfahrene Unternehmen aus der Gesundheits- und Wellnessbranche sowie Vertreter aus Politik und Verwaltung diskutieren.

Während der Wettbewerbslaufzeit finden wieder zahlreiche geförderte Workshops, Seminare und Informationsveranstaltungen statt.

Link zu den Wettbewerbsbedingungen:

http://kreuzberghandelt.de/attachments/article/75/Teilnahmebedingungen_Gesundheit%20und%20Wellness_30.6.11.pdf

Ein Projekt der LOK.a.Motion GmbH. Es wird gefördert im Rahmen des BIWAQ-Programms durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Europäischen Sozialfonds.

Kontakt

kreuzberg handelt - wirtschaften im quartier
Projektbüro:
Tempelhofer Ufer 1a
10961 Berlin

Tel.: (030) 762 394 43
Fax (030) 762 394 41

E-Mail: kreuzberghandelt@lok-berlin.de

Internet: <http://www.kreuzberghandelt.de>

Wettbewerb:

AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND TOLERANZ 2011 Gesucht: Projekte für eine demokratische und tolerante Gesellschaft

Frist: **30.09.2011**

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) sucht auch im elften Jahr seines Bestehens mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ nach vorbildlichen, zur Nachahmung geeigneten zivilgesellschaftlichen Projekten für eine demokratische und tolerante Gesellschaft. Einwendungen empfängt das BfDT noch bis zum 30. September 2011.

Den preisgekrönten Initiativen und Projekten winken Geldpreise im Wert von 2.000 bis 5.000 € und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit.

Informationen zur Ausschreibung:

<http://www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10033070/425892/>

Flyer: http://www.buendnis-toleranz.de/cms/dokumente/10033070_425892/004ce045/Aktiv_Flyer_2011_A4_v3.pdf

Kontakt

Bündnis für Demokratie und Toleranz
Markus Priesterath
Friedrichstraße 50
10117 Berlin

Tel.: (030) 254504-463
Fax: (030) 254504-478

E-Mail: buendnis@bftd.de

Internet: <http://www.buendnis-toleranz.de>

12. DREIKÖNIGSPREIS

Diözesanrats Berlin schreibt Integrationspreis 2011 aus

Frist: **05.11.2011**

So wie der Stern die drei Könige motivierte, sich aus verschiedenen Nationen gemeinsam auf den Weg zu Christus zu machen, so will der Drei-Königs-Preis dazu anregen, den Weg für ein Miteinander von Menschen verschiedener Nationen, Religionen, Sprachen und Kulturen gemeinsam zu ebnen. Der Diözesanrat möchte

besondere Aktionen auszeichnen, die das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen, Sprachen und Religionen fördern.

Es können sich Einzelpersonen, Gruppen, Verbände und Gemeinschaften aus Berlin, Brandenburg und Vorpommern (Bereich des Erzbistums Berlin) bewerben oder durch Dritte vorgeschlagen werden. Das Preisgeld beträgt 600,00 Euro.

Weitere Informationen unter:

<http://www.dioezesanrat-berlin.de/drei-koenigs-preis/index.shtml?navanchor=1110015>

Kontakt

Diözesanrat
der Katholiken im Erzbistum Berlin
Niederwallstraße 8/9
10117 Berlin

Tel.: (030) 326 84-206
Fax: (030) 326 84-203

E-Mail: dioezesanrat@erzbistumberlin.de
Internet: <http://www.dioezesanrat-berlin.de>

Ausschreibung:

METE-EKSI-PREIS 2011

Für ein friedliches Zusammenleben

Frist: **13.10.2011**

Am 19. November 2011 wird der mit 3000,- Euro dotierte Mete-Eksi-Preis zum 20. Mal verliehen. Die Preisverleihung findet in diesem Jahr im Festsaal des Rathauses Charlottenburg statt.

Bewerben können sich bis zum 13.10.2011 Kinder- und Jugendprojekte, die sich im Sinne des Mete-Eksi-Fonds um ein friedliches Zusammenleben in Berlin engagieren. Diese können auch durch Dritte vorgeschlagen werden.

Kontakt

Bewerbungen und Vorschläge richten Sie bitte an

Mete-Eksi-Fonds
c/o GEW BERLIN
Ahornstraße 5

10787 Berlin
E-Mail: vorstand@mete-eksi-preis.de
Internet: <http://www.mete-eksi-preis.de>

Workshops/ Tagungen

07.-08.11., Seminar:

STRATEGISCH GEGEN DISKRIMINIERUNG VORGEHEN

Am 7.-8.11.2011, 10:00 bis 16:30 Uhr

Ort:

Gewerkschaftshaus Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
60329 Frankfurt

Welche Ressourcen gibt es für Antidiskriminierungsarbeit, was ist das Ziel der Arbeit?

Dies sind nur einige der Fragen, die bei der Entwicklung von Aktivitäten gegen Diskriminierung zu überlegen sind. In dem Seminar erhalten Sie zunächst einen Überblick über verschiedene Methoden der strategischen Planung. Auf dieser Basis widmen wir uns dann zwei thematischen Schwerpunkten: dem Monitoring und Testing-Verfahren.

Mit Monitoring können vorhandene und neu erhobene Daten ausgewertet werden, um Diskriminierung zu erkennen. Testing-Methoden dienen dazu, Diskriminierung öffentlich zu machen und sie nachzuweisen.

Inhalt

- methodische Grundlagen für strategische Planung
- Monitoring als Methode
- Quellen für Monitoring
- Erprobung von Monitoring
- Testingverfahren als Möglichkeit Diskriminierung nachzuweisen
- Entwicklung von Testings

Zielgruppe

Offen für Personen und Institutionen, die Antidiskriminierungsstrategien und Gleichbehandlung in ihrer Arbeit einsetzen.

Weitere Informationen:

http://www.migration-online.de/beitrag_aWQ9Nzk0Mw_.html

Anmeldung:

http://www.migration-online.de/2011_sem_art_anmeldung

Kontakt

Kontakt
DGB Bildungswerk Bund e.V.
Michaela Dälken
Kompetenzzentrum Europa

Tel. (0211) 4301 198

E-Mail: michaela.daelken@dgb-bildungswerk.de

26.-27.10., Konferenz:

INTERSEKTIONALE GEWALTPRÄVENTION UND BILDUNGSARBEIT

Anmeldung bis: **10.10.2011**

26.-27. Oktober 2011

**Rosa Luxemburg Stiftung
Franz-Mehring Platz 1
10243 Berlin**

Abschlusskonferenz des europäischen Projektes „Implementation Guidelines for Intersectional Peer Violence Preventive Work (IGIV)“, gefördert durch das Grundtvig-Programm „Lifelong Learning“ der EU

Die Konferenz befasst sich inhaltlich mit dem Zusammenwirken verschiedener Zugehörigkeitskategorien („Intersektionalität“) und deren Wirkmächtigkeit im pädagogischen Alltag.

Welche Konsequenzen resultieren aus den Überschneidungen von relevanten Kategorien wie z.B. Geschlecht, Armuts- und Reichtumsverhältnissen und ethnischer Zugehörigkeit für Theorie und Praxis von Gewaltprävention und Bildungs- und Sozialarbeit? Wie können Verhältnisse sozialer Ungleichheit und Diskriminierung angemessen bearbeitet werden?

Interessierte möchten wir hiermit herzlich zur Teilnahme einladen.

Hauptpräsentationen:

- Ergebnisse des IGIV – Projekt durch das Projekt-Team
- „Ich bin gewalttätig, ich bin“: Geschlecht, „Rasse“ und Klasse und die soziale Konstruktion der gewaltsamen Subjektivität. von Elsa Dorlin, Professorin für Politische Philosophie und Sozialphilosophie an der Universität Paris 8 Vincennes/Saint-Denis
- Gefährliche Kreuzungen: Überlegungen zum gewaltpräventiven Blick auf Jungen mit "Migrationshintergrund". von Koray Yilmaz-Günay, Leiter des Referats Migration bei der Rosa-Luxemburg Stiftung

Weitere Informationen unter
<http://www.intersect-violence.eu>

Die Konferenzsprache ist Englisch.

Anmeldung bis zum **10. Oktober 2011** erbeten bei

Kontakt

Dissens e.V., Projektkoordination

E-Mail: janna.frenzel@dissens.de

Internet: <http://www.dissens.de/>

09.09.: Symposium.

SUCHTPRÄVENTION IM SETTING FAMILIE: ELTERN ERFOLGREICH EINBEZIEHEN

**am 9. September 2011, 10:00-14:00 Uhr
Hotel Aquino
Tagungszentrum Katholische Akademie
Hannoversche Straße 5b
10115 Berlin-Mitte**

Eltern rücken mehr und mehr als zentrale Adressaten alkohol- und suchtpreventiven Handelns in den Vordergrund. Erklärtes Ziel ist, dass mehr Eltern das Thema Suchtgefahren in den Familien ansprechen (JAH-Studie und JuR-Studie, 2009). Doch: Wie können sie mit ihren Kindern ins Gespräch kommen? Welche erzieherische Haltung ist empfehlenswert?

Im Symposium stellen wir erfolgreiche Wege der suchtpreventiven Eltern- und Familienarbeit dar und diskutieren die Fragen: Wie können wir die wichtige Zielgruppe der Eltern besser erreichen und was brauchen Eltern, um in der Familie für Gesundheit und gegen Sucht aktiv zu werden?

Programm und Anmeldung:

http://www.berlin-suchtprevention.de/upload/pdf/110727_Einladung_Symposium_final.pdf

Kontakt

Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin
pad e.V.
Mainzer Straße 23
10247 Berlin

Tel.: (030) 29 35 26 15

Fax: (030) 29 35 26 16

E-Mail: fachstelle.suchtprevention@padev.de

Internet: <http://www.berlin-suchtprevention.de/>

13.-14.10., Seminar:

FINDEN UND BINDEN –

oder: Wie motiviert man ältere Migrant/innen zum bürgerschaftlichen Engagement?

Anmeldung bis: **30.09.2011**

13.-14. Oktober 2011

Friedrich-Ebert-Stiftung, Raum 119

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

Interessieren sich ältere Migrant/innen für bürgerschaftliches Engagement? Was motiviert diese Zielgruppe zum Einsatz für das Gemeinwohl? Welche Bedürfnisse haben Senior/innen mit Zuwanderungsgeschichte bei ihrem Ehrenamt? Diese und andere Fragen werden im Rahmen des Seminars behandelt. Der Workshop richtet sich vor allem an Initiativen und Organisationen, die ein Potential oder sogar einen Bedarf für die Einbindung von ehrenamtlich engagierten, älteren Migrant/innen haben und vor der Frage stehen, wie sie diese Zielgruppe ansprechen, motivieren und in ihre Arbeit einbinden können.

Methodisch wird mit einer Kombination aus Fachvorträgen, praktischen Übungen und Gesprächen gearbeitet. Die aktive Partizipation der Teilnehmer/innen in Diskussionen und praktischen Übungen ist erwünscht.

Anmeldung:

<http://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden?Veranummer=153379>

Kontakt

Bei Fragen zum Seminarinhalt wenden Sie sich bitte an:

Dr. Beyhan Sentürk
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

Tel.: (030) 269 35 73 13

E-Mail: Beyhan.Sentuerk@fes.de
Internet: <http://www.fes.de/forumpug>

Qualifizierungen

Ab Oktober:

TEAMERWORKSHOPS ZU DEN THEMEN ISLAM, ISLAMISMUS UND DEMOKRATIE

Im Rahmen des Projektes „Islam, Islamismus und Demokratie. Kurzfilme für Schule und Jugendarbeit“ bieten wir ab Oktober 2011 Teamerworkshops an, die in Jugendeinrichtungen und Schulen durchgeführt werden. Unsere Teamerinnen und Teamer suchen mit Jugendlichen das Gespräch über Wertvorstellungen und Fragen von Religion und Identität. Im Mittelpunkt steht dabei die Kurzfilmreihe "Islam, Islamismus und Demokratie", die zu einem reflektierten Umgang mit religiösen und nicht-religiösen Werten und Überzeugungen anregt (siehe auch BI Nummer 81, Seite 35).

Die Teamer sind zwischen 20 und 30 Jahre alt, die meisten von ihnen haben einen muslimischen Hintergrund. Auf die Arbeit mit den Jugendlichen wurden sie inhaltlich und methodisch intensiv vorbereitet. Bei der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der Teamerworkshops können wir auf individuelle Wünsche eingehen. Die Workshops sind kostenlos.

Ausführliche Informationen zum Projekt und den Workshops finden Sie im Internet unter <http://www.ufuq.de/projekte> oder <http://www.haw-hamburg.de/modellprojekt-kib.html>.

Kontakt

Ufuq.de
Lohmühlenstraße 65
12435 Berlin

E-Mail: info@ufuq.de

HAW Hamburg
Deniz Ünlü
Alexanderstraße 1
20099 Hamburg

E-Mail: deniz.uenlue@haw-hamburg.de

Start: **01.09.2011**

Fertig mit der Schule – was nun?

**EIN INTERKULTURELLES
FREIWILLIGES SOZIALES JAHR!
Jetzt noch bewerben!**

Wo kann ich mein FSJ leisten?

- Kitas
- Krankenhäuser
- Altenpflege und –betreuung
- Quartiersmanagement
- Jugendhilfe
- Behindertenbetreuung
- Kulturelle Einrichtungen u.v.m.

Was bietet mir das FSJ?

- Berufsorientierung
- Engagement für Andere
- Taschengeld
- Sozialversicherungen
- Anerkennung als Praktikum
- und als Wartesemester möglich
- Seminarwochen

Jetzt noch bewerben!

Jetzt bewerben für einen Start am 01. September 2011!

(ein laufender Einstieg ist auch zu jedem anderen Zeitpunkt möglich)

Es werden folgende Unterlagen benötigt:

- **Bewerbungsschreiben**
- **Tabellarischer Lebenslauf**
- **Zeugniskopien**
- **2 Passbilder**

Bewerbungen sind zu senden an das:

Projektbüro FSJ bei Migrantorganisationen
Club Dialog e.V.
Lindower Straße 18
Aufgang 2, 1. OG. (links)
13347 Berlin

Tel.: (030) 253 29 832

Per E-Mail: fsj-bewerbung@club-dialog.de

Kiezküchen:

**FREIE AUSBILDUNGSPLÄTZE IN HOTELS,
JUGEND- UND SENIORENEINRICHTUNGEN
Schulabschluss nicht erforderlich**

20 Ausbildungsplätze im Beruf Hauswirtschafter/-in vermittelt die Kiezküchen GmbH. Die Partner im betrieblichen Ausbildungsverbund sind Berliner Hotels, Pensionen, Jugendgästehäuser und Seniorenresidenzen.

Jugendliche mit Lust auf eine vielseitige Ausbildung im Bereich der haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistung können sich ab sofort bewerben. Ein Schulabschluss ist nicht erforderlich.

Kontakt

Tel.: (030) 42 01 77 16,

E-Mail: gfabian@bildungsmarkt.de.

Auch für Erwachsene gibt es gute Chancen auf Beschäftigung in der Hauswirtschaft und in der Gastronomie. Wer Interesse an einer beruflichen Qualifizierung hat, kann im September eine Umschulung oder Weiterbildung beginnen.

Kontakt

Tel. (030) 554 40 35 11,

E-Mail: upaulke@bildungsmarkt.de,

Internet: <http://www.weiterbildung-bildungsmarkt.de>

LIFE e.V.

**KIEZ-UMWELTBOTSCHAFTERINNEN –
Migrantinnen aktiv für Umweltschutz in Berlin**

Bewerbungsfrist: **30.09.2011**

Migrantinnen als Kiez-Umwelbotschafterinnen machen Berliner Bezirke mit attraktiv gestalteten Stofftaschen auf vielen Wegen schöner. Während öffentlicher Aktionen, die die Frauen mitgestalten, informieren sie BewohnerInnen ihres Kiezes zum müllvermeidenden Einkauf und motivieren für den Gebrauch der Mehrwegtaschen.

Für wen?

Frauen mit Migrationshintergrund, die sich für Umwelt- und Klimaschutz interessieren und dafür aktiv sein möchten.

Inhalte

- Ökologische Folgen von Abfall und Verpackung
- Abfallvermeidung
- Recycling
- umweltbewusster Einkauf

Interaktive Schulung

- Workshops
- Exkursionen
- Experimente
- Diskussionsrunden
- Filmvorführungen

Dauer

- 31. Oktober bis 9. Dezember 2011

Unterrichtszeiten

- 3x pro Woche (Montag bis Freitag)
- 9:00 -14:00 Uhr

Sie sollten folgendes mitbringen:

- Interesse an Umweltthemen
- Interesse und Freude an
 - der Mitgestaltung und Durchführung öffentlicher Aktionen und kreativen Umgestaltung von Stofftaschen im Rahmen eines Siebdruck-Workshops (01.11.2011 bis 15.01.2012)
 - der Mitgestaltung und Durchführung öffentlicher Aktionen (16.01. bis 30.04.2012)
- deutsche Sprachkenntnisse
- Migrationserfahrungen und andere Sprachkenntnisse
- Kontaktfähigkeit, Teamfähigkeit, Kreativität
- Aktive und verbindliche Teilnahme an der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist für die Teilnehmerinnen kostenlos. Interessierte Frauen mit Migrationshintergrund können sich bis zum **30. September 2011** bei uns bewerben.

Kontakt

Magdalena Adamczyk-Lewoczko (Koordination)

E-Mail: adamczyk@life-online.de

Tel.: (030) 308798-19

Tanja Menkel (Schulung)

E-Mail: menkel@life-online.de

Tel.: (030) 308798-19

Internet: <http://www.life-online.de>

LIFE e.V.

Bildung Umwelt Chancengleichheit

Dircksenstraße 47

10178 Berlin

Lebensnah e.V.:

DEUTSCH LERNEN**Integrationskurs für Eltern ab 13.09.2011**

Kostenlos für ALG II-Empfänger!

Wichtig für alle, die einen gesicherten Aufenthalt oder die deutsche Staatsbürgerschaft haben wollen

Anmeldung und Beratung:

Mittwoch und Donnerstag von 10.00 – 13.00 Uhr

Urbanstraße 44

5. Stock bei lebensnah e.V.

Tel: (030) 5268 48362

Kontakt

Lebensnah e.V.

Jessnerstraße 66

10247 Berlin-Friedrichshain

Tel.: (030) 29351946

Tel.: (030) 29668415

(montags bis freitags von 10.00 bis 18.00 Uhr)

E-Mail: kontakt@lebensnah.de

Aus Projekten und Vereinen

Projektvorstellung:

„MEHR WEGE ALS EINWEG!“ –

Migrantinnen aktiv für Umweltschutz in Berlin

Frauen mit Migrationshintergrund setzen Zeichen: für Berlin, die Umwelt und Integration. Zusammen mit ethnischen Geschäften engagieren sie sich für Ressourcenschutz und einen umweltbewussten Einkauf. Im Modellprojekt werden sie einfache Wege zur Reduktion des Plastikkonsums beim Einkauf aufzeigen und über ökologische Folgen der beliebten Plastikverpackungen aufklären. Damit machen die Migrantinnen deutlich: jeder kann die Umwelt schützen - unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht und Alter.

Das Projekt "Mehr Wege als Einweg!"

- Ausbildung zur Kiez-Umweltbotschafterin in einer interaktiven Schulung (Experimente, Workshops, Exkursionen, Diskussionsrunden)
- 31.10.2011-09.12.2011
- Sammlung von Stoffbeuteln und ihre ökologische Umgestaltung
- 15.08.2011-15.02.2012
- Durchführung von öffentlichen Informationsaktionen mit Kiez-Umweltbotschafterinnen in Berliner Kiezen
- 16.01.2012-30.04.2012

- Kooperation mit ethnischen Einzelhandelsunternehmen: Rabattaktionen und Beratung zur Abfallvermeidung und Ressourcenschutz beim Einkauf
- 15.09.2011-31.05.2012

Viele Wege aktiv zu werden!

- Sie sind Migrantin und möchten Kiez-Umweltbotschafterin werden?
- Sie haben alte Stoffbeutel, die sie nicht nutzen und gerne an uns spenden würden?
- Sie können nähen und möchten gerne an der Umgestaltung von Stoffbeuteln teilnehmen?
- Sie besitzen oder arbeiten in einem Geschäft, das ökologischer ausgerichtet werden soll und sich damit einen Wettbewerbsvorteil sichert?

Dann melden Sie sich bei uns!

Kontakt

Magdalena Adamczyk-Lewoczko (Koordination)
E-Mail: adamczyk@life-online.de
Tel.: (030) 308798-19

Tanja Menkel (Schulung)
E-Mail: menkel@life-online.de
Tel.: (030) 308798-19
Internet: <http://www.life-online.de>

LIFE e.V.
Bildung Umwelt Chancengleichheit
Dircksenstraße 47
10178 Berlin

Afro-Deutsche Spielgruppe Berlin:
**"AFRICAN TWIST" –
Das Kindermusical startet**

Singen, tanzen, schauspielern und ein eigenes Bühnenbild bauen! Die Kinderlieder-CD der Afro-Deutschen Spielgruppe Berlin, im letzten Jahr mit 17 Songs erschienen, liebevoll gestaltet und in 8 verschiedenen Sprachen gesungen, soll man ab nächstem Jahr nicht nur hören, sondern auch sehen können.

Die beiden erfahrenen Künstler Rachelle Jeanty (Canada/ Haiti/ Deutschland) und Bassirou Sarr (Senegal/ Deutschland) werden in künstlerischen Ateliers jeden Monat verschiedene Elemente für das Musical anleiten. Die Kinder können im Alter ab drei bis ca. 14 Jahren daran teilnehmen und das Kindermusical mitkreieren. Durch das Arbeiten in einem künstlerischen Team und den Prozess der Realisierung soll die kulturelle Identität der afro-deutschen Kinder und eine Sensibilisierung für dieses Thema aller interessierten Kinder, egal welcher Hautfarbe oder Herkunft, gefördert werden.

Da die Ateliers wie Module aufgebaut sind, können Kinder längerfristig oder auch nur einen Monat lang teilnehmen. Es sind pro Monat ca. 3 Termine an den

Wochenenden geplant und es werden Materialkosten pro Kind und Monat in Höhe von 3,00€ erhoben. Es geht in den darstellerischen Ateliers von Tanz und Gesang über das Spielen kleinerer Schauspielszenen bis zu bildnerischen Ateliers, in denen Batik, Maskenbau und zeitgenössische, westafrikanische Malerei vermittelt werden.

Bis zu den Aufführungen, die in Kitas, Grundschulen und öffentlichen Räumen ab April 2012 geplant sind, wird das Projekt mit Mitteln der Jugend- und Familienstiftung Berlin umgesetzt. Treffpunkt für die Aktivitäten ist der Kieztreff Gleimviertel in der Kopenhagener Str. 50.

Kontakt

Ulrike Düregger

Afro-Deutsche Spielgruppe Berlin/
Total Plural e.V.

Tel.: (030) 440 90 02
Mobil: (0175) 327 31 04

Treffpunkt: Kieztreff Gleimviertel,
Kopenhagener Straße 50,
S/U-Bhf. Schönhauser Allee

E-Mail: info@afro-deutsche-spielgruppe-berlin.de
Internet: <http://www.afro-deutsche-spielgruppe-berlin.de>

Die gelbe Villa:

**9. FAMILIENFEST INTERNATIONAL
Lesen ohne Grenzen in der gelben Villa**

**Sonntag, 11. September 2011, 11-18 Uhr
in der gelben Villa
Wilhelmshöhe 10, 10965 Berlin**

Kindertheater, Lesungen internationaler Kinder- und Jugendliteratur im Lesezelt (mit Übersetzungen), jede Menge Mitmachaktionen und Kreativworkshops, Speisen & Getränke.

Mit dabei: Manos Kontoleon (Griechenland) liest aus "Aspassias' Bruder" (ab 9 Jahren), Edward van de Vendel (Niederlande) liest aus "Lieb sein, Superguppy!" (ab 6 Jahren), Gerdur Kristny (Island) liest aus "Die letzte Nacht des Jahres" (ab 12 Jahren), Finn-Ole Heinrich (Deutschland) liest aus "Frerk, du Zwerg!" (ab 9 Jahren), Jenny Valentine (Großbritannien) liest aus "Meine kleine Schwester Kiki und ich - In den Ferien" (ab 8 Jahren).

In Kooperation mit dem internationalen Literaturfestival berlin und dem JugendKulturService Berlin.
Eintritt frei!

Weitere Infos und Bildmaterial zu den Autoren/innen unter:

<http://www.facebook.com/photo.php?fbid=153590531388075&set=a.152505121496616.39335.130507797029682&type=1>

Kontakt

die gelbe Villa
Kreativ- und Bildungszentrum für Kinder und Jugendliche
Wilhelmshöhe 10
10965 Berlin (Kreuzberg)

Tel.: (030) 76 76 500
Fax: (030) 76 76 50 30

E-Mail: sekretariat@die-gelbe-villa.de
Internet: <http://www.die-gelbe-villa.de>

Stiftung UMWERTEILEN!
**VIELFALT ERFAHREN –
BEGEGNUNGEN IN DER TÜRKEI**
Geförderte Begegnungsreisen für Jugendliche
und Schulklassen

Bewerbungsschluss: **30.11.2011**

1.) Vielfalt erfahren – Begegnungen in der Türkei

Auch im Jahr 2012 fördert die Berliner Stiftung UMWERTEILEN! gemeinsame Reisen von jungen Menschen in die Türkei. Bewerben können sich Jugendgruppen und Schulklassen, die ein Interesse daran haben, Alltag und Lebensbedingungen in der Türkei kennenzulernen. Die Stiftung übernimmt etwa die Hälfte der Reisekosten, unterstützt bei Vorbereitung, Planung und Durchführung.

Bewerbungsschluss ist der **30.11.2011**

Interkulturelle Begegnungen durch gemeinsames Reisen

Seit 1987 hat die AG Er-Fahren über 9000 Kindern und Jugendlichen in etwa 500 Gruppen mit insgesamt 2,5 Millionen Euro eine Reise in die Türkei sowie einige Rückbegegnungen hier in Berlin oder in unserer Begegnungsstätte Afacan ermöglicht.

Gemeinsame Reisen in die Türkei bieten jungen Menschen deutscher, türkischer und/oder anderer Herkunft die Chance, neue Perspektiven zu gewinnen, Raster von Vorurteilsstrukturen zu überwinden, neue Zugänge zu sich selbst und zu anderen zu finden. Unterwegs können sie sich an der Gastfreundschaft, den reichhaltigen Speisen, der Schönheit der Landschaft, den Zeugnissen der Geschichte Kleinasiens erfreuen. Sie lernen andere soziale Verhaltensweisen kennen, die sie vielleicht sogar übernehmen. Sie erfahren, wie es

ist, sich in ungewohnten Situationen zurechtfinden zu müssen oder sich fremd zu fühlen – und angenommen zu werden. Und sie werden durch die Konfrontation mit Armut, mit anderen moralischen, politischen und religiösen Vorstellungen zur Auseinandersetzung mit den globalen Zusammenhängen von Macht und Reichtum bewegt.

Für Jugendliche, deren Familien aus der Türkei eingewandert sind und die sich immer wieder gezwungen sehen, sich mit ihrer Herkunft auseinander zu setzen, bieten solche Reisen die Möglichkeit, die sogenannte "Heimat" aus einer anderen als der privat-familiären Sicht kennen zu lernen und einen bestärkenden Rollentausch zu erleben. Sie sind es plötzlich, die sich am besten in der Landessprache verständigen können, denen Sitten und Gebräuche nicht völlig fremd sind, sie können "GastgeberInnen" sein. Andererseits sind sie der Türkei oft selbst entfremdet: Weil sie die Sprache nicht immer perfekt beherrschen, sich nicht unbedingt und nahtlos an die türkische Gesellschaft anpassen können oder weil sie als "Almanci" ("Deutschländer") Ressentiments erfahren.

2.) Interkulturelle Begegnung in der Türkei – 6 Tage kostenlos!

Auch für das Jahr 2012 bietet die Berliner Stiftung UMWERTEILEN! wieder 6 Tage kostenlosen Aufenthalt in der Begegnungsstätte Afacan für Gruppen, die dort eine selbstorganisierte interkulturelle Begegnung durchführen wollen.

Die große parkähnlichen Anlage am Meer, etwa 80 km nördlich von Izmir, bietet viel Platz für Begegnungen vielfältiger Art, für Spiel und Sport, für künstlerische Aktivitäten, zum Ausspannen, Lernen, Diskutieren. Zwar gibt es keinerlei buchbare „Animation“, dafür aber jede erdenkliche Unterstützung durch das Team von Afacan.

Dieses „Schnupperangebot“ gab es zum ersten Mal im Jahr 2010. Unsere Gäste schrieben uns nach ihrer Rückkehr: „*Wir haben uns in AFACAN richtig wohl gefühlt und die Zeit dort ausgiebig genutzt und genossen.*“ „...*könnte anderen nur zuraten nach AFACAN zu fahren. Wir hatten dort wirklich eine supergute Zeit.*“

Näheres unter <http://www.afacan.de>

Kontakt

Antragsformulare, Flyer, Film (Yolda 1) und mehr Infos bei:

Arbeitsgruppe Er-Fahren von

UMWERTEILEN! Stiftung für eine, solidarische Welt
Merseburger Straße 3
10823 Berlin

Tel.: (030) 785 98 44
Fax: (030) 786 52 24

Internet: <http://www.umverteilen.de>
E-Mail: stiftung@umverteilen.de

Al Nadi
Beratung – Bildung
TREFFPUNKT FÜR ARABISCHE FRAUEN
Programm Herbst/ Frühjahr 2011/12

Kursprogramm ab dem 05.09.2011

Alpha III - Deutsch Vorkurs und 1.1 ⁽¹⁾
Dienstag und Donnerstag 09.30 - 12.45 Uhr
Nisreen Matuk

Deutsch A 2.1 ⁽¹⁾
Mittwoch, Donnerstag und Freitag 09.30 - 12.45 Uhr
Konstanze Blanck – Lubarsch

Workshops in arabischer Sprache ⁽²⁾
unter Anleitung einer arabischen Psychologin
Freitag 10.00 - 13.00 Uhr, Termine bitte erfragen
Anisa Yonan – Saed

Schneidern ⁽²⁾
Montag 11.00 - 14.00 Uhr
Sirkka Al-Fahham

Fahrrad fahren für arabische Frauen ⁽²⁾
Donnerstag 15.30 - 17.30 Uhr
ab dem 19.4.2012
Konstanze Blanck-Lubarsch

Während der Kurse wird Kinderbetreuung angeboten!

Gesundheitskurs in Kooperation mit dem FFGZ
(Feministisches Frauengesundheitszentrum):
Arabische Frauen und Gesundheit
ab dem 18.04.2012
Mittwoch 13.00 bis 15.00 Uhr
mit freundlicher Unterstützung der VHS
Tempelhof-Schöneberg

**NEU: Salsa Tanzkurs
für arabische Frauen** ⁽²⁾
ab dem 12.09.2011
Montag 15.30 - 17.00 Uhr
Saal, Fregestraße 53

Angebote für Kinder:

Arabisch Anfänger I
Donnerstag 15.30 - 17.00 Uhr
Toufic Sattout

Arabisch Anfänger II

Freitag 16.30 - 18.00 Uhr
Toufic Sattout

Arabisch Anfänger III
Freitag 15.00 - 16.30 Uhr
Toufic Sattout

(1) in Zusammenarbeit mit der VHS Tempelhof - Schöneberg
(2) in Zusammenarbeit mit der VHS Steglitz - Zehlendorf

Über Al Nadi

Al Nadi ist eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für arabische Frauen unterschiedlichster Nationalitäten aus ganz Berlin und existiert seit 1979.

Al Nadi ist eine Einrichtung des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. und wird unterstützt vom Beauftragten für Integration und Migration des Senats von Berlin.

Unser deutsch-arabisches Sozialarbeiterinnen-Team bietet engagierte und kompetente Beratung und Unterstützung in verschiedenen Bereichen:

- Aufenthaltsrecht
- Sozialhilfe - Alg II
- Ehe, Trennung und Scheidung
- Kindererziehung
- Kita und Schule

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag von 9.00 bis 15.00 Uhr

Beratungszeiten:

Dienstag und Donnerstag von 10.00 bis 15.00 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung

Anmeldung für die Kurse

Herbst 2011 ab dem 29.08.2011
Frühjahr 2012: ab dem 02.01.2012
Deutschkurse: 25 EUR pro Kurs
Alle anderen Kurse: 30 EUR

Kontakt

Nachbarschaftsheim Schöneberg
AL NADI
Moselstraße 3
12159 Berlin

Tel.: (030) 852 06 02
Fax: (030) 859 37 91

E-Mail: alnadi@nbhs.de
Internet: <http://www.nbhs.de>

**BAYOUMA-HAUS der Arbeiterwohlfahrt
Friedrichshain-Kreuzberg e.V.**

Interkulturelle Begegnungsstätte
in Friedrichshain – Kreuzberg

Frankfurter Allee 110
10247 Berlin

Tel.: 29 04 91 36 – Fax: 29 04 91 29
E-Mail: bayouma-haus@awo-friedrichshain-kreuzberg.de

Beratungsangebote für Hilfesuchende aus Friedrichshain-Kreuzberg:

Außerhalb der Sprechzeiten
muss ein Termin vereinbart werden!

Sozialberatung

Frau Angela Prodan
Tel.: 29 35 08 35
Di. 13:00 – 16:00
Do. 09:00 – 14:00

Herr Gilberto Oliva Tablada
Tel.: 29 04 66 12
Mo. 09:00 – 14:00
Mi. 13:00 – 16:00

Gesundheitsberatung

Frau Natascha Garay
Tel.: 29 04 91 36
Di. 13:00 – 16:00
Do. 09:00 – 14:00

Sozialberatung für Frauen

Frau Belinda Apicella
Tel.: 29 04 66 11
Mi. 13:00 - 16:00
Do. 09:00 - 14:00

Bei uns gegen einen Kostenbeitrag erhältlich:

- Broschüre „Berliner Arztpraxen mit Fremdsprachenkompetenz“
- sowie zwei Kochbücher: „Das Bayouma-Haus Kochbuch“ und „Nachbarn kochen im Bayouma-Haus“ mit Rezepten aus vielen Ländern.

Wir haben für Sie:

Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr
Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr
**Fr. 09:00 – 14:00 geöffnet
und nach Vereinbarung.**

Ständige Angebote

Mo. 13:00 – 14:30 Uhr:

**Englischkonversationskurs für Seniorinnen mit
Grundkenntnissen – kostenfrei**

Mo. 17:00 – 19:00 Uhr:
Tangokurs für Anfänger
Kostenbeitrag 10,- € mtl.

Di. 10:00 – 16:00 Uhr:
Näh- und Schneiderkurs –
Kostenbeitrag 1,- € pro Termin

Di. sowie Do. 16:30 – 18:00 Uhr:
**Tanz-Workout mit Salsa, Cumbia, Huayno, Afro- u.
Oriental Musik**
Kostenbeitrag 10,- € pro Kurs mtl.

Mi. 11:00 – 13.30
Fingerdruckmassage „Shiatsu“
mit Heike Hoschar
für Frauen & Männer (gegen Spende)
Termine unter 0151-23 33 77 53

Mi. 16 :00 – 19 :00
Selbsthilfegruppe Italienische Mütter
(14- tätig)

Do. 10:00 – 14:00 Uhr:
Klassische Massage und Schröpfen mit unserer
Heilpraktikerin. Termine bitte telefonisch bei Frau
Mönch unter (0173) 878 37 51 vereinbaren.
Nur für Frauen! – Kostenbeitrag 5,- €

Do. 14:00 – 15:30 Uhr:
**Fahrradkurs für Anfänger und Fortgeschrittene in
Friedrichshain** in Kooperation mit der Berliner Polizei
und dem Bildungs- und Beschäftigungsträger BUF –
Interessenten möchten sich bitte im
Bayouma-Haus anmelden – kostenfrei

So. 11:00 – 15:00 Uhr:
Vietnamesischunterricht für Kinder

Weiteres Programm und Informationen unter:

<http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.awo-fk.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>

Wir beraten in folgenden Sprachen:
Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch
und Rumänisch

Mama Afrika e.V.

**HADJA KITAGBE KABA
FÜR TAZ-PANTERPREIS NOMINIERT
Abstimmung im Netz läuft bis 03.09.2011**

„Der gemeinnützige Verein Mama Afrika e.V. wurde im Jahr 2001 von Hadja Kitagbe Kaba, geboren in Kankan (Guinea), gegründet.

Die Überwindung der weiblichen Genitalverstümmelung in afrikanischen Ländern, insbesondere Guinea (Westafrika), das ist das Ziel von Mama Afrika. Ärztinnen und Ärzte, Hebammen und insbesondere Mütter und Großmütter stehen im Mittelpunkt der Programmarbeit, die aus Alphabetisierungs-, Bildungs- und Aufklärungsprojekten besteht. Zweck von Mama Afrika ist es, über die physischen und psychischen Folgen der Beschneidung aufzuklären, um so diesem jahrtausendealten Brauch ein Ende zu setzen.“...

Stimmen Sie ab:

Abstimmung:

<https://www.taz.de/zeitung/tazinfo/panterpreis/wahl/>

Vorstellung von Hadja Kitagbe Kaba:

<https://www.taz.de/zeitung/tazinfo/panterpreis/panterpreis2011/nominierte2011/nominierung6/>

Internet: <http://www.mama-afrika.org/>

Veranstaltungen

02.-04.09.:

POKUSA

Deutsch-polnisches Kulturfest

Im letzten Jahr erfolgreich gestartet, geht das deutsch-polnische Kulturfest „PoKuSa – Polnische Kultursaison“ jetzt in die zweite Runde.

Vom 2. bis 4. September 2011 steigt das diesjährige Fest mitten in der City West auf dem Olivaer Platz in Charlottenburg. Die deutschen und polnischen Besucher bekommen jetzt schon Lust auf das erste September-Wochenende mit viel Kultur aus dem Nachbarland.

Und lassen sich an den drei Tagen verwöhnen mit verlockenden Speisen, verführerischen Spezialitäten sowie süffigen Bieren und delikaten Säften aus Polen – ganz im Sinne von pokusa*!

Reiselustige können sich am Pavillon des Polnischen Fremdenverkehrsamtes über touristische Regionen informieren. Vertreten sind ebenfalls der Kurbetrieb Kolobrzeg (Kolberg) mit zahlreichen Angeboten für Kurz- und Urlaubsaufenthalte in einem der beliebtesten Kurorte Polens sowie Sandra SPA-Hotels mit Wellness-Urlaub an der Ostsee und im Gebirge.

Außerdem präsentieren sich an Infoständen polnische und deutsch-polnische Vereine. Berliner Schulen mit Polnisch-Schwerpunkt informieren über ihre Unterrichtsangebote und Freizeit-Aktivitäten.

Haben Sie Lust auf „PoKuSa“ bekommen? Dann nichts wie hin auf das deutsch-polnische Kulturfest vom 2. bis 4. September 2011 auf dem Olivaer Platz / Nähe Kuddamm.

Programm:

http://www.dpgberlin.de/files/folder_web_pokusa.pdf

*pokusa ist polnisch und heißt so viel wie Verlockung, Versuchung, Verführung. Der Begriff lässt durchaus auch andere Interpretationen zu, wie z. B. Anziehungskraft, Anreiz oder Lust auf etwas haben.

Kontakt

Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.
Schillerstraße 59
10627 Berlin-Charlottenburg

Tel: (030) 713 89 213

Fax: (030) 713 89 201

E-Mail: dpgberlin@t-online.de

Internet: <http://www.dpgberlin.de>

Kultur bewegt e.V.:

STADTTTEILFÜHRUNGEN

SEPTEMBER/ OKTOBER 2011

„Route 44/ Zweite Heimat Neukölln

Route 44

Sa. 17. September 2011, 13:00 Uhr

Tour „Ein internationales Dorf“

Mit Rascha und Rima rund um den Richardplatz. Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee.

Treffpunkt: Imbiss mitten auf dem Richardplatz

Sa. 8. Oktober 2011, 13:00 Uhr

Tour „Alt und neu, laut und leise“

Mit Meryem und Fatima über den Richardplatz und entlang der Karl-Marx-Straße. Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee und eines türkischen Supermarkts.

Treffpunkt: U- und S-Bahnhof Neukölln (Karl-Marx-Straße/ Ecke Saalestraße)

Sa. 22. Oktober 2011, 13:00 Uhr

Tour „Ein internationales Dorf“

Mit Rascha und Rima rund um den Richardplatz. Mit Besuch der Gazi Osman Pasa Moschee.

Treffpunkt: Imbiss mitten auf dem Richardplatz

Internet: <http://www.route44-neukoelln.de/>

Zweite Heimat Neukölln

Sa. 10. September 2011 12:00 Uhr

„Lebensspuren“

Ankommen in Neukölln 1970 und 2007. Ganz persönliche Erfahrungen und die Entwicklung der Stadt. Mit Moschee-Besichtigung Besichtigung der El Salam-Moschee.

Mit: Nuriye Sayman und Hiba El Saleh

Treffpunkt: Hermannplatz, Standbild Tanzendes Paar

Sa. 1. Oktober, 13:00 Uhr

Tour „Neukölln bildet“

Karl-Marx-Schule, Rütli-Schule, Koranschule. Auf den Spuren des Neuköllner Bildungswesens.

Mit: Emine Elci, Manuela Yasar-Özdemir, Fatma Yilmaz

Treffpunkt: U- Bhf. Rathaus Neukölln vor den Rathausstufen

Sa. 15. Oktober 2011, 12:00 Uhr

Tour „Linie 7“

Kommen, Wegziehen, Bleiben. Ein- und Abwanderung in Rixdorf und der Gropiusstadt. Eine U-Bahn-Tour mit Hochhausblick.

Mit: Yuliya Pankratyeva

Treffpunkt: U-Bahnhof Karl-Marx-Straße, vor Woolworth

Sa. 29. Oktober 2011, 12:00 Uhr

Tour „Das Dorf in der Stadt“

Zwischen dörflicher Idylle und glitzernder Shoppingmeile. Geschichten von böhmischen Flüchtlingen, Gastarbeiterinnen und Karagöz & Hacivat.

Mit: Gül-Aynur Uzun, Hanadi Mourad

Treffpunkt: Vor dem Passage-Kino (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße)

Internet: <http://www.zweite-heimat-neukoelln.de/>

Kontakt

Kulturbewegt e.V.

Oranienburger Straße 37

10117 Berlin

Fon : (030) 70 222 023

E-Mail: info@kulturbewegt.de

Internet: <http://www.kulturbewegt.de>

03.10., Vorschau:

4. BERLINER INTEGRATIONS-LAUF 2011

Voranmeldung bis **26.09.2011**

Unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzleramtes, vertreten durch die Staatsministerin Frau Prof. Dr. Maria Böhmer, findet am 3. Oktober 2011 der 4. Berliner Integrationslauf statt.

Als Partner und Veranstalter konnte wie im letzten Jahr die Turngemeinde in Berlin 1848 e.V. (TiB) mit Sitz am Columbiadamm 111 in der Nähe der Hasenheide gewonnen werden.

Wie auch schon bei den Berliner Integrationsläufen zuvor, sollen auch in diesem Jahr wieder Menschen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen durch ein gemeinsames sportliches Erlebnis verbunden werden.

Anmeldung: [http://tollense-](http://tollense-timing.de/anmeldung_integrationslauf.htm)

[timing.de/anmeldung_integrationslauf.htm](http://tollense-timing.de/anmeldung_integrationslauf.htm)

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.integrationslauf.de>.

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

BERATUNGSANGEBOT FÜR MIGRANTINNEN OHNE KRANKENVERSICHERUNG

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz hat ihr Internetangebot um ein Beratungsangebot für Migrantinnen und Migranten ohne Krankenversicherung erweitert:

<http://www.berlin.de/sen/gesundheitspolitik/fuechtlingsmedizin/index.html>